Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Richard Hauschildt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Setzge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Münzstraße 8, Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljähr 2 Mk., monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.50 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfg., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pfg. — Insertionsgebühr die sechsgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Nr. 7926

Nr. 268. **Magdeburg, Freitag, den 15. November 1901.** **12. Jahrgang.**

Ein vielsagender Anfang!

Ein Oberpräsident, mehrere Regierungspräsidenten, Oberbürgermeister und Landräte haben dieser Tage in Halle den Anfang gemacht mit der von der preußischen Regierung angekündigten Erhebung über den Umfang der Arbeitslosigkeit. Das Resultat entspricht ganz dem, was von einer solchen illustren und mit der Arbeiterschaft in engster Fühlung befindlicher Gesellschaft befrackter Herren zu erwarten ist. Es wurde einiges geredet, das zum Teil, wie wir weiter unten nachweisen werden, mit den Thatsachen in einem recht interessanten Gegensatz steht. Und nach dieser anstrengenden zweistündigen Sitzung vereinigte sich das erlauchte Convivium zu einem solennen Mahle.

Wir geben zunächst eine sehr charakteristische Zuschrift, die der „Vorwärts" aus Halle über die Konferenz erhalten hat, wieder.

„Der Regierung ist offiziell von einem Notstand nichts bekannt," erwiderte im Jahre 1894 der damalige Vicepräsident des Staatsministeriums, Staatssekretär v. Bötticher unseren Parteigenossen im Reichstage, als diese die Regierung interpellierten, was sie angesichts der großen Arbeitslosigkeit und des dadurch unter den Arbeitern hervorgerufenen Elends zu thun gedenke. Das war vor sieben Jahren. Herr v. Bötticher erholt sich jetzt von den Mühen des Klebeministeriums als Oberpräsident der Provinz Sachsen, während der jetzige Notstand, die gegenwärtige Arbeitslosigkeit sicherlich noch umfangreicher sind als damals. Aber auch der Oberpräsident Bötticher sorgt dafür, daß der Regierung offiziell möglichst wenig von einem Notstand bekannt wird. Er berief nämlich auf Dienstag vormittag in Ausführung der vor 14 Tagen erlassenen ministeriellen Verordnung nach Halle eine Konferenz der Regierungspräsidenten, Landräte Oberbürgermeister der größeren Städte, Eisenbahndirektions-Präsidenten, Vorsitzenden der Landwirtschafts- und der Handelskammer, Großindustriellen und Großkaufleute ein, um sich bezw. die Regierung über den Notstand zu unterrichten.

Die Konferenz war als eine vertrauliche einberufen worden, „damit — nach den Worten des Herrn Oberpräsidenten v. Bötticher — **die Arbeiter sich nicht zu großen Hoffnungen über die ihnen zu teil werdende Hilfe hingeben.**" Durch die Beratung sollte zunächst Aufschluß über den Umfang der stattgefundenen Entlassungen gegeben, ferner Vorschläge zur Bekämpfung beziehungsweise Linderung der Folgen der Arbeitslosigkeit gemacht werden; jedoch beschäftigte sich die Konferenz fast ausschließlich mit dem ersten Teil ihrer Tagesordnung.

Es klingt nun geradezu wie feine Verhöhnung der Notstands-Beratungen, wenn man die Thatsache feststellen muß, daß fast sämtliche Regierungspräsidenten und Oberbürgermeister sich krampfhaft bemühten, die Verhältnisse in möglichst günstigem Lichte darzustellen. Von zahlreichen Arbeiterentlassungen könne nicht die Rede sein, die Handwerker seien sogar in der Lage, ihre Arbeiter voll zu beschäftigen. Von den 2000 kürzlich in einer **Arbeitslosen-Versammlung in Magdeburg** erschienenen, so führte der Regierungspräsident von Magdeburg an, seien **mindestens 15 000 Saisonarbeiter und nur ein geringer Bruchteil von den restlichen 500 könne als wirklich arbeitslos gelten.** Der Oberbürgermeister von Halle erklärte, die Zahl der Arbeitslosen sei nicht höher als 1894/95 und der Hallesche Magistrat werde in der nächsten Stadtverordneten-Sitzung für Erdarbeiten 36 000 Mark fordern, damit komme man über die Arbeitslosenzeit gut hinweg. Dabei hat erst dieser Tage die Verwaltung des Metallarbeiter-Verbandes in Halle festgestellt, daß in Halle allein 1200 Metallarbeiter arbeitslos sind. Ein Mann des Fortschritts ist sicherlich der Oberbürgermeister von Nordhausen. Er kündigte die Wiedereinstellung der noch ausständigen Tabakarbeiter seitens der Fabrikanten an; sonst seien nur Italiener in Nordhausen arbeitslos und diese führte uns leider die Bahn zu." Also schaffen wir die Bahnen ab! Diese selbe sozialpolitische Weisheit bekundete übrigens auch der Vertreter der Landwirtschaftskammer, Major Busse-Zschortau: „Die Bahnen führen uns die Arbeiter vom Lande weg. Hier muß der Eisenbahnminister eingreifen. Und wenn es Thielen nicht thut, dann haben wir wenigstens den Trost, daß er nicht immer Eisenbahnminister bleiben wird".

Ueberall dasselbe Bild: Es ist alles gut und schön, ein Notstand existiert nicht, Entlassungen sind nur in ganz minimalem Umfange erfolgt.

Als jedoch die Industriellen zu Worte kamen, erlitt der blendende Spiegel vorübergehend eine kleine Trübung. Direktor Riedel von der Halleschen Maschinenfabrik widerlegte durch einige Zahlenbeweise die Herren Regierungspräsidenten und Oberbürgermeister. In seinem Etablissement seien in den letzten Jahren durchgängig pro Woche 16- bis 17 000 Mark an Löhnen ausgezahlt worden, jetzt werden **höchstens 7000 Mark** verausgabt. Das lasse einen Schluß auf die Zahl der Entlassenen zu. Aehnlich äußerte sich Kommerzienrat Klaus von Thale. Nur Specialfabriken hätten noch genügende Beschäftigung, alle anderen Fächer in der Metallbranche leiden an Mangel an Aufträgen. **Wenn der neue Zolltarif angenommen** und die Börsengesetzgebung nicht geändert wird, **gehen wir schweren Zeiten entgegen.**

Die Ausführungen der Industriellen hinderten jedoch nicht, daß Herr v. Bötticher schließlich das Resultat der Konferenz in die Worte faßte, daß „von übermäßig zahlreichen Arbeiterentlassungen nicht die Rede sein könne".

Nach einer Aussprache von voll zwei Stunden war das Arbeitslosigkeitsproblem gelöst und die 30 Herren nahmen im Grand-Hotel Bode ein Notstandsmahl ein, zu welchem sie vom Oberpräsidenten v. Bötticher geladen worden waren."

Wir haben zu diesem interessanten Bericht noch einige Bemerkungen zu machen. Der Herr Regierungspräsident von Magdeburg hat mit einer immerhin etwas erstaunlichen Sicherheit sich ein Urteil über die Zusammensetzung der hiesigen Arbeitslosen-Versammlung erlaubt. Wir gestatten uns demgegenüber die Frage: Von wem hat der Herr Regierungspräsident die Angaben bezogen, auf die er sein sonderbares Urteil stützt? Der Herr Regierungspräsident war nicht in der Versammlung, offiziell dazu beauftragte Regierungsbeamte gewiß auch nicht, wenn man die beiden überwachenden Polizeibeamten nicht als solche rechnen will. Mit den Veranstaltern der Arbeitslosen-Versammlung sich in Verbindung zu setzen, hat der Herr Regierungspräsident nicht für notwendig befunden. Bleibt vielleicht noch die hiesige städtische Behörde, der Herr Oberbürgermeister Schneider. Aber auch von diesem kann der Herr Regierungspräsident nicht seine Informationen bezogen haben, da Herr Oberbürgermeister Schneider sich unseren Gewährsmännern gegenüber gerade entgegengesetzt wie der Herr Regierungspräsident ausgedrückt hat. Woher also die Kenntnisse, Herr Regierungspräsident?

Damit es nicht heißen kann, wir verlangten etwas Unbilliges, so wollen wir unsererseits den Anfang machen und unsere Gewährsmänner nennen. Wir stützen unser Urteil auf die Aussagen der sämtlichen hierorts angestellten und in der Versammlung anwesend gewesenen Gewerkschaftsbeamten sowie fast aller sozialdemokratischen Stadtverordneten. Alle diese Personen, langen Jahren in der Magdeburger Arbeiterbewegung thätig sind, haben eine ziemlich genaue Kenntnis von den Angehörigen ihres Berufes, kennen sie zum größten Teil, so weit sie organisiert sind, persönlich.

Und diese Gewährsmänner sagen übereinstimmend aus, daß gerade nicht die Saisonarbeiter das Hauptkontingent in der Arbeitslosen-Versammlung gestellt haben sondern umgekehrt die hiesigen Industriearbeiter, deren Beschäftigung nicht an die Saison gebunden ist, so die Metallarbeiter der verschiedensten Branchen, die im Handels- und Transportgewerbe Beschäftigten, die Eisenbahnarbeiter und ähnliche Arbeiterkategorien.

Der hiesige Oberbürgermeister, der sich für die vom Gewerkschafts-Kartell veranstaltete Erhebung lebhaft interessierte und sich vorher und nachher mit den Veranstaltern dieser Erhebung in Verbindung setzte, also auch ein auf Grund eingehenderer Beschäftigung mit der Materie gewonnenes Urteil besitzt, hat dem Stadtverordneten Voß gegenüber geäußert, daß gerade die Saisonarbeiter bislang noch wenig unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hatten.

Und all diesen unanfechtbaren Zeugnissen halte man die sonderbare Behauptung des Herrn Regierungspräsidenten gegenüber! Wenn die Ausführungen der übrigen Referenten von ähnlicher Sachkenntnis diktiert gewesen sein sollten, so kann man sich ein Bild davon machen, was bei den von der Regierung angeordneten Erhebungen herauskommen wird.

Wir können auch nur annehmen, daß der Herr Oberbürgermeister Schneider auf der Konferenz nicht anwesend gewesen ist, da er sonst die Ausführungen des Regierungspräsidenten nicht unwidersprochen gelassen haben würde. Auch Metallindustrielle aus Magdeburg scheinen nicht anwesend gewesen zu sein, da sonst z. B. der Vertreter von Schäffer und Budenberg gesagt haben würde, daß in seiner Fabrik allein 300 Mann weniger als im Vorjahre beschäftigt sind, und der Vertreter der Firma Gruson würde mitgeteilt haben, daß bei ihm gegenwärtig sogar über 1000 Mann weniger als im vorigen Jahre beschäftigt sind. Und beide würden erklärt haben, daß sie nicht widersprochen haben, — weil sie nicht konnten — als der Stadtverordnete Voß, der Büreaubeamte der hiesigen Metallarbeiter-Organisation, in der Stadtverordnetenversammlung erklärte, daß die Minderbeschäftigung im Metallarbeitergewerbe gegenüber dem Vorjahre an 4000 Mann betrage!

Was aber die Saisonarbeiter — und darunter sind doch in erster Linie die baugewerblichen Arbeiter zu verstehen — anbetrifft, so würde Herr Oberbürgermeister Schneider, wenn er auf der Konferenz gewesen wäre, erklärt haben, daß die Zahl der städtischen Bauabnahmen sich gegen das Vorjahr nicht verringert hat, daß also eine merkbare Einschränkung der Bauthätigkeit noch bislang nicht zu verzeichnen ist.

Und endlich würde der Herr Oberbürgermeister noch erklärt haben, — denn so hat er sich unseren Gewährsmännern gegenüber ausgelassen — daß er für diesen Winter eine erhebliche Zurückflutung der beim Beginn der Geschäftsstockung aus Magdeburg abgewanderten Arbeitslosen befürchtet.

Was hat der Herr Regierungspräsident auf alle diese Vorhaltungen zu antworten? Um ihm dazu Gelegenheit zu geben, wird am nächsten Montag, den 18. November, vormittags 10 Uhr, im „Luisenpark" eine zweite Arbeitslosen-Versammlung stattfinden, zu der jedoch nur die Metallarbeiter, also keine Saisonarbeiter! eingeladen werden. Der zahlreiche Besuch dieser Versammlung wird dem Herrn Regierungspräsidenten, falls er durch unsere vorstehenden Gründe noch nicht überzeugt sein sollte, hoffentlich unzweideutig beweisen, wie gründlich er auf der Halleschen Konferenz mit seiner Beurteilung der Arbeitslosigkeit in Magdeburg daneben gehauen hat. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 14. November 1901.

Zum Zolltarif.

Natürlich weiß nur ein Scherlblatt als erste [illegible] Aenderungen, die der Bundesrat [illegible] Zolltarif vorgenommen [illegible] Ausschüsse die vertragsmäßigen und Zollermäßigungen grundsätzlich [illegible] worden, die handelsüblichen Umschließungen der Waren bei ihrem Eingang in den freien Verkehr sind ausdrücklich für zollfrei erklärt worden. Die Hopfenzölle wurden um ein Drittel erhöht, die Quebrachozölle um die Hälfte ermäßigt, der Gänsezoll von 70 Pfg. für das Stück blieb bestehen, für den Doppelcentner wurde indes ein neuer Zoll von 24 Mark hinzugefügt. Bei dem Gänsezoll habe man es indes sicher mit einem der vielen Kompensationsobjekte zu thun, die in dem neuen Zolltarifentwurf enthalten sind, vielleicht gelte dasselbe auch von den erhöhten Hopfenzöllen. —

Die Drucklegung des Zolltarifentwurfs und seine Begründung wird, wie offiziös in der „Nordd. Allg. Ztg." mitgeteilt wird, auf Veranlassung des Reichskanzlers nach Möglichkeit beschleunigt, damit die betreffenden Materialien den Mitgliedern des Reichstags, wenn angängig, noch vor dessen Zusammentritt zur Verfügung gestellt werden können. Inwiefern dies technisch durchführbar ist, lasse sich allerdings noch nicht übersehen.

Nach der „Deutschen Tagesztg." sollen gegen die Mindestzölle „einige kleine Staaten, unter anderem Baden und die Hansestädte" gestimmt haben. Und Koburg-Gotha? Und Oldenburg? Und ist Baden so klein? —

„Frech und unbotmäßig".

Das Organ der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg schreibt:

„Das Arbeitsamt der Brandenburgischen Landwirtschaftskammer ist in dem Wunsche, bei dem noch immer herrschenden Landarbeitermangel den Brandenburgischen Landwirten dauernde Arbeitskräfte zu gewinnen, mit solchen vom Lande stammenden Grubenarbeitern des Dortmunder Oberbergamtsbezirks in Verbindung getreten und auch in den Monaten September und Oktober bereits in der Lage gewesen, sechs Familien nach unserer Provinz zu vermitteln. Die Erfahrungen jedoch, welche mit diesen Leuten gemacht worden sind, lauten zum Teil recht unerfreulich. Die betreffenden Arbeitgeber sind mit den neuen Leuten überaus unzufrieden, sie schildern dieselben als sehr anspruchsvoll, anmaßend, ja geradezu als **frech** und **unbotmäßig** in ihrem Auftreten. . . ."

Die Landwirtschaftskammern sind bekanntlich Organe zur Vertretung der Agrarierinteressen. Das berücksichtigt, braucht man sich über vorstehende alberne Ausführungen nicht gerade zu ereifern. Etwas mehr Bedeutung gewinnen sie indes angesichts der Thatsache, daß den arbeitslosen Industriearbeitern jetzt von allen Seiten gepredigt wird, sie sollten aufs Land gehen, wo Arbeit in genügendem Maße vorhanden sei. Folgen nun die Arbeitslosen diesen Rufen, ohne indes ihren neuen „Brotherren" mit der Kriechermiene

eines chinesischen Kulis zu begegnen, so werden sie als „frech und unbotmäßig" verschrieen, als „überaus unzufriedene" Leute, die sich der Wohlthat, von ostelbischen Junkern ausgebeutet zu werden, nicht würdig erweisen und was der schönen Redensarten mehr sind.

Das Organ der brandenburgischen Landwirtschaftskammer möge sich indes beruhigen. Die Zahl der Arbeitslosen, die sich nach den Fleischtöpfen Ostelbiens sehnen, wird nicht allzu groß sein, so daß die den Junkern empfohlene „äußerste Sorgfalt" bei der Annahme solcher Arbeiter ziemlich überflüssig ist. —

Europäische Kulturträger am Kongo.

Ein Amerikaner, Edgar Canisius, der sich fünf Jahre in den Kongo-Freistaaten aufgehalten hat, war dort längere Zeit bei einer konzessionierten Gummigesellschaft angestellt. Derselbe erzählt einem Vertreter des Reuter-Bureaus folgendes:

„Im letzten Jahre war ich mit dem bekannten Major Lothaire auf einer Gummi-Expedition, wobei innerhalb von 6 Wochen 900 Eingeborene getötet und eine Anzahl von Dörfern verbrannt wurden. Bei einer Gelegenheit hatten wir eine junge Frau mit einem kleinen Jungen zu Gefangenen gemacht und nahmen sie mit uns fort. Bei dem Passieren eines Dorfes wurde sie nach dem Namen desselben gefragt. Sie antwortete, daß sie den Namen des Dorfes nicht kenne, was in der That sehr möglich war, denn der betreffende Ort lag weit von ihrem Heimatsdorf entfernt. Es wurde ihr nicht geglaubt, und sie wurde kurzer Hand mit ihrem Knaben an die Seite gestellt und erschossen."

Am unteren Kongo, so berichtete der Amerikaner weiter, seien die Zustände zwar etwas besser, am oberen Kongo aber, dort, wo die Kompanien und ihre Angestellten die absolute Herrschaft führen, werden die Eingeborenen aufs furchtbarste terrorisiert und geschunden. Tausende der Eingeborenen leben wie die wilden Tiere im Dickicht und wagen sich nicht hervor. Sicher ist, daß ihr Los mit dem Erscheinen der Weißen ein viel schlechteres geworden ist, als es ehedem war.

Deutschland.

Berlin, 14. November. Der Minister lehnte die Genehmigung des neuen Statuts der Berliner Handelskammer wegen der Wahlordnung ab. Bekanntlich ist hier ein allgemeines Wahlrecht beschlossen worden; es ist begreiflich, daß ein preußischer Minister hieran Anstoß nimmt.

— Ein Besuch des Kaisers am Zarenhofe wird den „Münch. Neuesten Nachr." aus Petersburg angekündigt. Der Zar hat sich von Spala nach Skierniewice begeben, wo auch der Großfürst-Thronfolger eingetroffen sei. Dort erwarte Nikolaus 2. den Besuch des deutschen Kaisers. Die Ursache zu dem Besuch soll in dem franco-türkischen Konflikt bestehen. —

— Für den Zusammentritt der Zuckerkon- [illegible] „reau" ursprünglich der [illegible] Wie dem Büreau aus Brüssel gemeldet wird, sagem es jedoch, daß von verschiedenen beteiligten Mächten der Wunsch geäußert worden ist, die Konferenz möge erst zum nächsten Januar einberufen werden und daß dem Wunsche dieser Mächte Rechnung getragen werden wird. — Es ist geradezu albern, wie oft die Nachrichten über die Zuckerkonferenz widersprochen, abgeleugnet und wieder behauptet werden. —

— Ein Erlaß des Kriegsministers gelangt gegenwärtig bei Gelegenheit der Herbstkontrollversammlungen zur Verlesung, der die Behandlung von betrunkenen Soldaten betrifft. Der Erlaß lautet: Jeder Unteroffizier muß bemüht sein, die betrunkenen Soldaten in Güte zum Nachhausegehen zu bewegen. Nur wenn alle guten Worte nichts nützen, ist von der militärischen Machtgewalt Gebrauch zu machen. Des weitern soll er bedenken, daß Soldaten sich in der Trunkenheit in einem solchen Zustande der Erregung befinden, daß sie sich der Vorschriften der Disciplin und der militärischen Pflichten in Bezug auf ihr Benehmen gegen Vorgesetzte nicht mehr bewußt sind, und es darum leicht zu Ausschreitungen und Thaten kommt, die für sie von den schwersten Folgen begleitet sein können. —

— **Für die „Hunnenprozesse" wider den „Vorwärts"** ist Termin auf den 2. Dezember vor der 7. Strafkammer des Landgerichts anberaumt worden. Angeklagt sind die Redakteure Schmidt, Schröder und John. Als Zeugen sind Generalmajor v. Ketteler, Major Geyer und Oberlieutenant v. Stolzenburg geladen. Kanonier Deiter war vom „Egerer Tageblatt" als Briefschreiber genannt worden und wird nun von der Staatsanwaltschaft als Zeuge geladen. Unter Anklage stehen einige Hunnen-Briefe und die Behauptung, daß bei der Expedition des Corps des Generalmajors v. Ketteler von Peking nach Paotingfu 40 gefangene Boxer erschossen worden seien. — Auch der Redakteur unseres Mainzer Parteiorgans, Genosse Landtagsabgeordneter Haas, wird sich am 20. d. M. wegen Veröffentlichung eines Hunnen-Briefes zu verantworten haben. —

— **Die Ersatzwahl in Döbeln** für den verstorbenen Abgeordneten Lehr ist, wie die „Leipziger Volkszeitung" schreibt, für unsere Parteisache aussichtsreich. Dr. Lehr siegte im Jahre 1898 erst in der Stichwahl mit 11 925 Stimmen gegen unseren Genossen Grünberg, der 10 681 Stimmen auf sich vereinigte. Bei der Hauptwahl wurden abgegeben für Grünberg 9758, für Lehr 5938 und für den konservativen Kandidaten Naumann 5406 Stimmen. Noch im Jahre 1887 wurden für die Sozialdemokraten nur 3325 Stimmen abgegeben. Bei der nächsten Wahl im Jahre 1890 wurden bereits 7349 gezählt und 1893 7818 Stimmen, um dann bei der letzten Wahl auf 9758 Stimmen anzusteigen. Mittlerweile ist die allgemeine Unzufriedenheit mit der Weltmachtspolitik und ihren Folgen, mit der durch den Militarismus und Marinismus herbeigeführten Finanzmisere nicht nur im Reiche, sondern auch in den Bundesstaaten, mit der von den Agrariern nicht nur, sondern auch von den Regierungen getriebenen Brotwucherpolitik, namentlich aber die Unzufriedenheit mit den sächsischen Verhältnissen so stark gestiegen, daß die Sozialdemokraten bei der Ersatzwahl im 10. Wahlkreise mit den besten Hoffnungen in den Wahlkampf gehen können. Jedenfalls wird der Wahlkampf den gerade im Landtage versammelten Reaktionären manche unangenehme Stunde bereiten. —

— **Der Landtagsabgeordnete Karl Sänger,** Vertreter für Frankfurt a. M. im preußischen Landtage, ist gestern nachmittag infolge Schlaganfalls plötzlich gestorben. Geboren 1860 in Schneidemühl, besuchte er erst die dortige Volksschule, dann das Gymnasium, nach dessen Absolvierung er erst in Leipzig, dann in Berlin Philologie und Theologie studierte. Seit 17 Jahren war er Prediger der freireligiösen (deutsch-katholischen) Gemeinde in Frankfurt a. M. Er gehörte zum engeren Ausschusse der Deutschen Volkspartei. Zur Fraktion der freisinnigen Volkspartei im preußischen Abgeordnetenhause hielt er sich als Hospitant. Er war einer der am weitesten links stehenden preußischen Landtagsabgeordneten, so daß sein Tod im Hinblick auf die Zusammensetzung der preußischen Landratskammer auch aus politischen Gründen zu bedauern ist.

— **Eine neue Version** über die Insterburger Duellaffaire, die als authentischer, von den Augenzeugen herrührender Bericht bezeichnet wird, veröffentlicht das „Kleine Journal". Danach soll sich die Scene, die zu dem Duell führte, im Zimmer des Erschossenen, wohin die beiden Oberlieutenants den betrunkenen Blaskowitz bereits geführt hatten, abgespielt haben.

Daselbst angelangt, erklärte Lieutenant Blaskowitz, daß er noch etwas trinken müsse, und versuchte wieder aus seinem Zimmer ins Freie zu gelangen. Da gütliches Zureden nichts fruchtete, die Reden und Gegenreden aber immer heftiger wurden, so befahl Oberlieutenant Hildebrand als der älteste im Zimmer anwesende Offizier dem Lieutenant Blaskowitz, sich nunmehr ruhig zu verhalten und als diese Mahnung auch nichts half, rief er ihm zu: „Sie brauchen nichts mehr zu trinken, Sie sind ja schon besoffen wie ein Schwein." Kaum hatte er diese Worte ausgesprochen, so stürzte Lieutenant Blaskowitz auf ihn zu und versetzte ihm eine schallende Ohrfeige. Oberlieutenant Hildebrand verließ hierauf die Wohnung, ohne irgend etwas zu entgegnen oder sich gar selbst zu Thätlichkeiten hinreißen zu lassen.

Daraufhin ließ sich Lieutenant Blaskowitz auf einen Stuhl nieder, kreuzte die Arme und machte folgende Aeußerung: „Nun, was sagen Sie dazu? Bin ich wirklich so besoffen?" Die Antwort des Lieutenants Raßmussen auf diese Provokation lautete: „Sie verdienten, daß man Ihnen eins mit der Reitpeitsche durchs Gesicht zieht." Da sprang Lieutenant Blaskowitz wiederum auf und schlug den Lieutenant Raßmussen ebenfalls ins Gesicht.

Hierauf entfernten sich die beiden Artilleristen, ohne mit Rücksicht auf den Zustand ihres Gegners, irgendwie durch Wort oder That auf den erlittenen Schimpf zu reagieren.

Aber am nächsten Tag haben sie die Sache dem Ehrenrat gemeldet, und „da Lieutenant Blaskowitz steif und fest dabei blieb, daß er sich des ganzen Vorfalls nicht mehr entsinne, so entfiel für ihn auch die Möglichkeit, durch eine Abbitte die Sache wieder gut zu machen". — Daraufhin mußte dann geschossen werden. Selbst das Hofklatschblatt, dem diese Mitteilungen zugegangen sind, will sich dadurch nicht in seiner grundsätzlichen Beurteilung der Sache beirren lassen.

Eine angebliche Richtigstellung, die eine solche nicht ist, geht dem Insterburger „Ostpreuß. Tagebl." von „kompetenter" Stelle zu. Mehrere Blätter verlangen mit Recht, daß der Oberlieutenant Hildebrand, der Blaskowitz erschossen hat, verhaftet werde. Nach § 206 R. Str. G. B. wird derjenige, welcher seinen Gegner im Zweikampf tötet, mit Festungshaft nicht unter zwei Jahren bestraft. Trotzdem hat man den Oberlieutenant nicht nur nicht verhaftet, sondern sogar noch beurlaubt.

Erwähnenswert ist noch, daß das 147. Infanterie-Regiment in Insterburg nach dem „Berl. Tagebl." zum Januar die Garnison mit dem 45. Infanterie-Regiment in Lyck tauschen wird. —

— **Ein Chinakriegerbrief** wird in der „Fränk. Tagespost" veröffentlicht, worin sich der Schreiber bitter darüber beschwert, daß man die Reservisten und Landwehrmänner, die seiner Zeit als Freiwillige nach Ostasien gingen, dort behalten hat, während sie sich nur „für die Dauer des Krieges bis längstens zwei Jahre" verpflichtet haben. Der Krieg ist beendet und die Leute sind außerordentlich erbittert darüber, daß man sie festhielt, indem man den obigen Passus so auslegte, daß sie sich auf alle Fälle für zwei Jahre hätten anwerben lassen. Der Brief schließt: „. . . es ist höchst traurig, daß all diese Soldaten, die vielleicht einst große Patrioten waren, so sozialdemokratische Gesinnung zeigen müssen und ich sage, sie müssen es wirklich und werden es immer deutlicher thun, man verlangt eine zu unnatürliche Probe von Vaterlandsliebe von ihnen." — In einer weiteren Zuschrift an dasselbe Blatt wird der Inhalt des Briefes bestätigt und eine Photographie beigefügt, die den „freiwilligen" deutschen Krieger auf dem Friedhof in oder bei Tientsin, inmitten von Kreuzen und Grabhügeln, d[illegible] seine Freunde und Kameraden, die dem Typhus und der Ruhr zum Opfer fielen, bergen, stehend zeigt — nachdenken[illegible] über den ruhmgekrönten Hunnenkrieg. . . . —

Bremen, 12. November. („Frkf. Ztg.") In der nächsten Sitzung wird sich unsere Bürgerschaft mit einer Reihe bedeutungsvoller sozialpolitischer Anträge zu beschäftigen haben, die seit längerer Zeit zurückgestellt waren, aller Wahrscheinlichkeit nach aber die nächste Sitzung zu einer sogen. großen machen werden. Sie sind von sozialdemokratischer Seite gestellt worden und werden von dieser wohl eine sehr geschickte Vertretung finden. Sie betreffen u. a. die Bestimmung eines Minimal-Arbeitslohnes von 4 Mark für alle staatlichen Arbeiter und die einer täglichen Arbeitszeit von vorläufig 9 Stunden, sowie die Bestimmung, daß Unternehmer staatlicher Arbeiten verpflichtet werden sollen

Kleines Feuilleton.

Der Schillerpreis.

Der „Reichsanzeiger" veröffentlichte, wie wir gestern schon kurz mitteilten, eine Kabinetsorder, betreffend Abänderung der Bestimmungen über den Schillerpreis, danach soll der Preis in Höhe von 6800 Mark nebst einer goldenen Denkmünze alle 6 Jahre zur Verteilung gelangen. Für den Preis kommen die dramatischen Werke lebender deutscher Dichter in Betracht, die in den letzten 12 Jahren herausgekommen sind. Der Kaiser behält sich die Auswahl des betreffenden Werkes vor. Hoffentlich fällt nun auch bald die Hinzuziehung von Preisrichtern fort, die schon öfter bei dem Entscheidungsrecht, das dem Kaiser eingeräumt ist, zu unangenehmen Erfahrungen geführt hat. Ein Preisrichterkollegium, das nicht endgültig entscheidet, hat ja doch keine Bedeutung.

Es dürfte nicht ohne Interesse sein, bei dieser zweiten Etappe in der Geschichte des Schillerpreises an die bisherigen Krönungen zu erinnern. Im Jahre 1860, dem ersten Fälligkeitstermine, wurde der Preis nicht verliehen, da kein Werk würdig befunden worden war. Der erste, der ihn erhielt, war Friedrich Hebbel für seine Nibelungen im Jahre 1863. Nach weiteren drei Jahren — 1866 — fiel er Albert Lindner für sein Trauerspiel Brutus und Collatinus zu. Im Jahre 1869 war Emanuel Geibel für seine Tragödie Sophonisbe der Gekrönte, wobei Heinrich Kruse für das Trauerspiel Die Gräfin die goldene Denkmünze erhielt. Bei den nächsten beiden Terminen, 1872 und 1875, wurde der Preis nicht verliehen, so daß im Jahre 1875 drei Preise vorhanden waren, die Franz Nissel, Ludwig Anzengruber und Adolf Wilbrandt erhielten. Auch der Preis des Jahres 1881 blieb unverteilt, die beiden Preise des Jahres 1884 fielen an Paul Heyse und Ernst v. Wildenbruch. Im Jahre 1890 waren wieder zwei Preise zu vergeben, die diesmal nicht an Dramatiker fielen, sondern an Theodor Fontane und Klaus Groth. Die beiden Preise des Jahres 1896 erhielt zum zweiten Male Ernst v. Wildenbruch, der auf den einen davon zu Gunsten der Schillerstiftung verzichtete. Im Jahre 1899 ist der Preis nicht verliehen worden.

Charakteristisch für die unleidlichen Zustände, die die Arbeit der Sachverständigen-Kommission erschwerten, ist das Ausscheiden Paul Heyses aus der Kommission im Jahre 1896. Die Münchener Allgemeine Zeitung begründete den Verzicht so: Die Erfahrungen der letzten neun Jahre hätten ihn zu der Ansicht geführt, daß in den Satzungen keine hinlängliche Bürgschaft dafür gegeben sei, den schönen idealen Gedanken, aus dem die Stiftung hervorgegangen, in ersprießlicher Weise verwirklicht zu sehen. Durch zwei Perioden sei die Wahl nicht mit Einstimmigkeit geschehen, der Preis deshalb auch dem Kandidaten der Mehrheit nicht zuerkannt worden. Könne jedoch, wie im letzten Triennium, selbst der einmütige Vorschlag der Kommission erfolglos bleiben, so scheine in der Organisation der Stiftung ein Fehler zu liegen, der die Arbeit der Sachverständigen unfruchtbar und die Beteiligung daran zu einer akademischen Beschäftigung mit dramaturgischer Kritik zu machen geeignet sei.

Der Fehler in der Organisation, den Heyse andeutete, bestand natürlich in dem Bestätigungsrecht der Krone. Der Fehler wirkte so stark, daß auch der letzte im Winter 1899/1900 fällige Preis nicht zur Verteilung gelangte. Die mit der Auswahl betraute Kommission, zu der die Universitätsprofessoren Dilthey, Koser, Erich Schmidt und der Schriftsteller Rodenberg gehörte, tröstete sich durch würdevolles Schweigen über das Schicksal ihrer Unfruchtbarkeit.

Jetzt hat nun Wilhelm II. den von Heyse gerügten Organisationsfehler der Stiftung gründlich herauskorrigiert, indem er aus dem Bestätigungsrecht der Krone ein Verfügungsrecht machte und dergestalt den Schiller-Preis in einen Wilhelm-Preis verwandelte. —

= **Das Bunte Theater Wolzogens** setzt sich, wie Wolzogen der Presse mitteilt, gegenwärtig folgendermaßen zusammen: Erster Kapellmeister Moritz Violin, zweiter Kapellmeister Waldemar Wendland, die Sängerinnen Frau Lieban-Glebig, Fräulein Ottilie Dverak, Dora Dorsay, Else Laura Seemann (als Lady Minstrel), Else Spengler, die Schauspielerin und Sängerin Ottilie Brandt, die Schauspielerinnen Marie von Moser-Sperner und Marie Gaston, die Tänzerin Emma Bengo, die Sänger Heinrich Eilert, Fritz Plank und Paul Strampe, die Sänger und Schauspieler Hans Fredy, Eugen Wolter, Otto Storm sowie die Schauspieler Karl Forest, Karl Swoboda, Otto Fritzsche, Robert Heinicke und endlich der Pantomimist Armand Desirée. Als Conferencier wird neben Wolzogen selbst wie bisher Karl Freiherr v. Levetzow wirken. Außerdem ist ein Orchester für die Begleitung der größeren Orchesterstücke eingestellt worden. Als Dramaturg wurde für das Bunte Theater Dr. Ludwig Thoma verpflichtet.

Ferner teilt Wolzogen der Presse mit, daß laut Beschluß des kgl. Landgerichts I, 25. Zivilkammer, vom 8. d. M., auch Herr Kapellmeister Straus und Fräulein Bozena Bradsky als zum Ensemble des Theaters gehörig anerkannt worden sind. Durch den vorgedachten Beschluß ist Herrn Oskar Straus und Fräulein Bradsky bei einer festsetzlichen Strafe von 200 Mark pro Abend untersagt, während der Dauer der zwischen ihnen und Herrn von Wolzogen geschlossenen Verträge (das heißt bei Straus bis 1906) auf einer anderen Bühne als dem Wolzogenschen Theater aufzutreten. Zugleich ist Herrn Oskar Straus bei einer Strafe von 500 Mark für jeden Uebertretungsfall verboten, seine für das Bunte Theater geeigneten Kompositionen auf einem anderen Theater aufführen zu lassen. Da wird es wohl für beide Teile am besten sein, Straus und Wolzogen schließen wieder Frieden. —

= **Neue Kompositionen Wendelin Weißheimers** gelangten auf dem vor einigen Tagen stattgefundenen Stiftungsfeste des Sozialdemokratischen Vereins in Frankfurt a. M. zum ersten Male zu Gehör. Die Frankfurter „Volksstimme" berichtet darüber:

Die Glanzpunkte des Abends bildeten die beiden neuen Männerchor-Tondichtungen unseres Meisters Weißheimer, der sich schon mit seiner wirkungsvollen Komposition zu Herweghs Lied: „Bet' und arbeit'" als ein Bahnbrecher für die verdienstvolle Aufgabe Tonkunst-Werke im Geiste unserer Partei zu schaffen, erwiesen hatte. Von einer ähnlichen Wirkung wie jene Komposition wenn auch einfacher, ist auch der Tonsatz zu Robert Seidels Gedicht: „Würger Kornzoll". Der ganze Groll und die Empörung des arbeitenden Volkes gegen den Brotwucher ist in treffender Tonfärbung zum Ausdruck gebracht. Aber trotz der realen Haltung ist das Ganze melodiös gerundet. Recht wirkungsvoll ist auch der kleine Zwischensatz des Komponisten zu dem Gedicht im Refrain, die Mahnung: „Hört's ihr Junker". Der Beifall der Zuhörer wollte kein Ende nehmen und die Schlußstrophe mußte wiederholt gesungen werden. Von ausgezeichneter Wirkung war dann später der Vortrag des zweiten neuen Werkes, nachdem der Komponist zwischen erschienen war. Der einleitende Spruch: „Der arme Kunz heiß' ich, bin ich, bleib ich" usw., ein Bariton-Solo, ist im Stil einer melodiösen Recitatives gehalten und giebt die erbitterte aber auch geschlossene Stimmung der Aufständigen treffend wieder. Nun setzt der Chor kraftvoll ein, immer markiger anschwellend bis zu dem wuchtigen Refrain „Spieß voran, drauf und dran!" Unter nicht endenwollendem Beifall mußte der gefeierte Tondichter die Bühne betreten, wo er die Wiederholung der letzten Strophe selbst dirigierte. Auf den allgemeinen stürmischen Applaus sprach der Meister in einer kurzen Rede den Parteigenossen den herzlichsten Dank für die begeisterte Aufnahme seiner Werke aus und versprach, noch weiteres in diesem Sinne zu schaffen. —

= **Professor Klingers Berufung nach Wien.** Gegen die Wiener Korrespondenz der „L. N. N." widerspricht auf das bestimmteste der Meldung, daß Professor Max Klingers Berufung nach Wien an exorbitanten materiellen Forderungen des Künstlers (40 000 Kronen Gehalt, sechsmonatiger Urlaub) gescheitert sei. Von seiten der Akademie der bildenden Künste hätten überhaupt keine Verhandlungen mit Klinger stattgefunden. Klinger könne schon deshalb so lange hinaus nicht von Leipzig fort, weil er dort große, mehrere Jahre in Anspruch nehmende Werke (so die Dekorierung des Treppenhauses im Museum) unter der Hand habe. — Ob diese Nachricht Geltung besitzt, wird sich ja bald herausstellen. Jedenfalls kann es uns nur lieb sein, Klinger nicht nach Wien übersiedeln zu sehen.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 268. Magdeburg, Freitag, den 15. November 1901. 12. Jahrgang.

Adlers Programmreden.

Genosse Dr. Victor Adler, der unbestrittene Führer der österreichischen Sozialdemokratie, dessen Schüler sich beinahe sämtliche anderen hervorragenden Genossen Oesterreichs nennen, hatte seiner Zeit das alte Hainfelder Programm entworfen. Er war deshalb auch der Beauftragte, die im Laufe der Zeit eingetretenen Mängel des alten Programms zu begründen. In seinem Referat führte er nach einem Auszug aus der Wiener „Arbeiterzeitung" aus:

Wir sind mit dem Hainfelder Programm bisher ganz gut ausgekommen. Aber warum? Der Grund ist einfach der, daß das Programm nicht mehr in dem Grad in der Partei lebendig ist, als es im Anfang war. Das Programm ist nach und nach zu einer Art Reliquie für uns geworden. Der Wunsch, das Programm zu ändern, ist aber nicht aus einem tiefen theoretischen Bedürfnis hervorgegangen, auch nicht im Zusammenhang mit der Bernstein-Debatte. Es handelt sich nicht um die Grundanschauungen, sondern darum, welcher Ausdruck diesen Grundanschauungen zu geben ist. Man kann heute das Programm von 1889 nicht mehr so ansehen wie damals. Die formelle Aenderung, welche den Namen der Partei betrifft („Oesterreichische Sozialdemokratie" statt des schwerfälligen „Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich") läßt die Kommission allerdings fallen, da sie die Empfindungen vieler verletzt hat. Im übrigen sind es vor allem zwei Punkte, um die gestritten wird. In meinem Entwurf wird in zwei Sätzen eine Schilderung des heutigen Gesellschaftszustandes unternommen. Es heißt da: „Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird in steigendem Maße abhängig von den Besitzern der Arbeitsmittel . . ." Der zweite Satz lautet: „Die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes tritt immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft ihrer eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihnen selbst geschaffenen Reichtums." Der zweite Satz von der Lebenshaltung ist prinzipiell wichtiger und vor allen Dingen agitatorisch wirksamer als der Satz im alten Programm vom steigenden Elend. Genosse Kautsky hat acht Tage, bevor er meinen Entwurf kritisch bearbeitet hat, einen alten Aufsatz von Engels veröffentlicht, worin der Entwurf zum Erfurter Programm ebenso behandelt wurde. Engels schreibt nun in seiner Kritik: „Es ist nicht richtig, daß das Elend der Proletarier immer größer wird. Das Wachstum der Organisation wird dem Wachstum des Elends vielleicht einen Damm entgegensetzen, was aber sicher wächst, das ist die Unsicherheit der Existenz der Proletarier." Genosse Bernstein glaubt in seinem letzten Aufsatz in einer Fußnote mir diesen Aufsatz präsentieren zu müssen, gewissermaßen als Hilfstruppe für den Entwurf, und er setzt hinzu: „War am Ende schon Engels ein Bernsteinianer?" Ich sage, das geht daraus nicht hervor, sondern nur das, daß die ganze Elendskritik Bernsteins überflüssig war. Wozu der Lärm, wenn das die Alten ohnedies schon gewußt haben? (Beifall.) Aber sicher ist auf jeden Fall, daß der Satz vom wachsenden Elend wissenschaftlich nicht zu halten ist. Kautsky hat mit Bernstein eine lange Polemik geführt, um die ich ihn gewiß nicht beneide, und da hat er schließlich auch einen Streit über die Bedeutung des Wortes „Elend" gehabt. Und da sagt er, daß das Wort von der Zunahme des Elends im Sinne einer Tendenz richtig ist. Darüber sind wir uns alle einig, daß der Kapitalismus die Tendenz hat, die Arbeiter zu verelenden, und daß diese Tendenz zum Ausdruck käme, wenn nicht neben einer Reihe untergeordneter Gründe vor allem das Proletariat da wäre mit seiner Selbstbewegung und dem ihm immanenten Widerstande gegen die Verelendung. Aber so wie die Verelendung eine notwendige Tendenz ist, so ist auch die widerstreitende Tendenz eine absolut notwendige, und darum ist es eine unwahre Behauptung, durch die wir übrigens unsere Position nur schwächen, wenn wir immer von wachsendem Elend sprechen. Fragen Sie unsere Arbeiter, ob sie in ihrer ganzen Lebenshaltung mit denen vor zehn Jahren tauschen würden. Nun kommt Kautsky und sagt: Der Adler ist zwar ein ganz netter Mensch, er hat das Hainfelder Programm verfaßt, aber im neuen Entwurf erscheint als der Inhalt der sozialdemokratischen Bewegung der Kampf um ein rascheres Steigen der Lebenshaltung der Arbeiter. So meint er verächtlich. Aber ich sage: Es ist sehr wichtig, dieses raschere Tempo. Der Wohlstand der Arbeiter steigt, so kann man den Satz auffassen, aber nicht so schnell wie der der Kapitalisten, und darüber sind die Proletarier „verschnupft". Das Elend allein, das macht zum Schnapsbruder, aber die Ueberzeugung, daß dieses Elend nicht notwendig ist, jener Gegensatz macht revolutionär. (Lebhafter Beifall.)

Nun weiter! Im Hainfelder Programm hat es geheißen: „Der Besitzer der Arbeitskraft wird dadurch zum Sklaven der Besitzer der Arbeitsmittel." Jetzt heißt es: „Er wird abhängig, und zwar in steigendem Maße abhängig." Das Wort „Sklave", das fehlt, das hat verschiedentlich verschnupft. Aber wenn ich mir einmal meinen theoretischen Frack anziehe, fällt es mir nicht ein, zu sagen, daß der Arbeiter ein Sklave ist. Uebrigens, wenn es stehen bleibt, geniert es auch nicht. Ich bin nicht so ein Theoretiker (Heiterkeit.)

Nun komme ich zu dem Punkte, wo ich zugebe, daß der Entwurf geändert werden muß, wenn ich auch das, was dort steht, nicht für falsch, sondern für unvollständig halte Das alte wie das neue Programm werden von dem Gedanken beherrscht, daß das, was wir wollen, auch geschichtlich notwendig ist. Aber wir glauben auch, daß heute schon die materiellen Vorbedingungen für den künftigen Zustand geschaffen werden. Das steht auch deutlich im alten Programm. Aber mir hat das noch nicht genügt. Ich wollte auch hinzufügen, daß wir die Entwicklung unterstützen müssen, daß wir auch in ganz bewußter Weise mithelfen müssen, diese Vorbedingungen heute schon zu schaffen. Dieser Gedanke steht nicht darin, aber er sollte nach meiner Ansicht darin stehen. Wir haben also diesen fehlenden Gedanken aus dem Hainfelder Programm einzufügen, ohne jedoch den neuen Gedanken zu eliminieren. Unsere ganze Gegenwartsbewegung, unsere Gewerkschaften, unsere politische Bewegung, unsere Konsumvereine, unser Eindringen in die Verwaltung, hat nicht nur die Bedeutung für die Gegenwart, sondern sie muß ebenso als Erziehungsmittel für spätere Aufgaben wie für die unmittelbare Kampfaufgabe dienen.

Was nun noch das Wort „genossenschaftliche Produktion" betrifft, wegen dessen ein Ketzergericht abgehalten wurde, als wäre der leibhaftige Beelzebub da, so habe ich doch einige Entschuldigungsgründe. Ein sozialdemokratisches Programm soll doch eine Antwort sein auf die Frage: Was wollen die Sozialdemokraten? Wenn ich den Leuten nun auf diese Frage antworte: Wir wollen die sozialistische Produktion! so werden die Leute dadurch nicht gerade gescheiter geworden sein. Die deutschen Genossen haben allerdings, trotzdem es bei ihnen so heißt, große Erfolge errungen, aber ich habe das Wort „genossenschaftliche Produktion" gewählt, weil mir das deutlicher schien. Natürlich sind Genosse Brod und andere darauf gekommen, daß das Bernsteinerei ist. Nun habe ich nachgeschaut, ob das wirklich so ein schlechtes Wort ist, das erst der Bernstein hat erfinden müssen. (Heiterkeit.) Sehen Sie, der Bernstein hat überhaupt nichts erfunden. Das Malheur ist nur, daß alle glauben, er hat was erfunden. (Bebel: Nicht richtig!) Du nicht, das weiß ich. (Heiterkeit.) Aber andere Leute meinen, der Dr. Adler schwenkt ein wie ein Unteroffizier, wenn der Bernstein kommandiert. (Heiterkeit.) Aber das Wort ist schon länger da, als der ganze Bernstein-Streit alt ist. Das ist ein gutes deutsches Wort. Es ist das einzige deutsche Wort, mit dem wir diesen Begriff bezeichnen können, und es wurde auch von unseren besten Leuten gebraucht. Ich fürchte mich gar nicht, an die Bernsteinerei anzustreifen. Ich bin meiner sicher.

Und nun zu der „Diktatur des Proletariats" von dem im Entwurf nichts steht. Aber das nimmt mir wohl nur Genosse Brod übel. Viel schwerer ist der Vorwurf, daß auch von der Erringung der politischen Macht nichts darin enthalten ist. Aber davon steht auch im Hainfelder Programm nichts und es ist uns durch dreizehn Jahre nicht abgegangen. Wir sind in den dreizehn Jahren aus einer wesentlich abstrakten eine sehr konkrete Partei geworden. Das Hainfelder Programm war ein dürres Skelett — feste Knochen, das ist wahr! —, aber, wie schaut es heute aus? Da blüht alles in der Partei, heute haben wir unsere Hände überall und wir fürchten uns nicht vor dem Leben, sondern wir wollen es unterzwingen. Aber wo bleibt die politische Macht? Daß eine Partei die politische Macht will, ist doch selbstverständlich, das nimmt man doch nicht in das Programm. Wenn Sie übrigens ein solches Gewicht auf die politische Macht legen, nehmen Sie sie in das Programm; ich habe nichts dagegen. Ich bin kein Anhänger der Verwaschung unserer Prinzipien, und wenn hier jemand einbrechen wollte, von welcher Seite immer, und unsere Parteien entweder mit der revolutionären oder mit der opportunistischen Phraseologie versuchen wollte, wäre ich für ernsthafte Schranken. Aber für uns, die wir alle dasselbe wollen, muß das Programm weit genug sein, daß wir alle Platz drin finden und daß es auch wirklich unserer Ueberzeugung von heute entspricht. Aber es darf nicht zugeschnitten sein auf einen Zustand der politischen Ideologie, wie sie vor dreizehn Jahren bestand (Großer Beifall.)

An das Referat Adlers schloß sich eine äußerst lebhafte Debatte, in der das Für und Wider der verschiedenen von Adler bereits als umstritten angedeuteten Punkte eifrig erörtert wurde. Eine Redaktions-Kommission, der auch der an der Debatte hervorragend beteiligt gewesene Genosse Kautsky angehörte, hatte daraufhin noch einmal die letzte Feile anzulegen, worauf das Programm einstimmig und en bloc angenommen wurde. Ueber die von der Redaktions-Kommission vorgenommenen Aenderungen hatte wieder Genosse Dr. Adler zu referieren. Wir entnehmen seinen diesbezüglichen Ausführungen:

Der Punkt, der uns am meisten beschäftigt hat, war der, der die sogenannte Verelendungstheorie betraf. Hier sind wir zu dem Resultat gekommen, daß als Einleitung zu jenem Satze der Satz eingefügt wurde: Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch

---

Feuilleton.

Los von der Scholle.

Roman in zwei Bänden von Luise Westkirch.

(92. Fortsetzung.)

Walburg hatte ruhig ihr Gesicht abgetrocknet. Sie winkte Hans der antworten wollte, sich still zu verhalten, nahm einen Stuhl und setzte sich neben den Fiebernden. Ein Etwas im Ausdruck seiner Züge, in der Stellung der Pupillen, verriet ihrem nun schon erfahrenen Blick eine verhängnisvolle Wendung im Befinden des Verwundeten. Strenge Disciplin war hier nicht mehr am Platze.

„Väterchen, wenn wir zusammen beteten? Ihre liebe Mutter hat Sie gewiß, als Sie ein kleines Bübchen waren, das „Vaterunser" gelehrt. Wollen wir nicht versuchen, ob Sie's noch wissen?"

Timmermann starrte sie an und lachte: „Beten? — Das is auch so ein Mohnsaft. Wenn sie uns nackt ausgezogen haben, möchten sie ihn uns einspritzen, damit wir nicht schreien, die da oben! — Haus und Hof genommen — un beten! beten! — Ich will nich beten. Ich bin eine alte Ratte. — Die Speckbrocken, die die Sorte uns hinschmeißt, sind vergiftet. Taugten sie was, behielten sie sie für sich selbst. — Spar' Deinen Sums, Mächen! — Ich weiß, so gut wie Du, daß ich die Sonne nich mehr aufgehen sehe. Ehe die Nacht um is, bin ich krepiert. Kannst mich zur Anatomie fahren. — Meinst, ich werd' darum zu Kreuz kriechen? Ich bin ein rechtschaffener Mensch gewesen mein Lebtag. Wenn es so etwas wie einen Herrgott giebt, will ich ihn fragen, ob das sein Wille is, daß rechtschaffene Leute wie ich in seiner Welt kujoniert werden, wie ich kujoniert worden bin."

„Ruhig, Väterchen, ruhig. Der liebe Gott hat Ihnen nicht bloß schlimme Stunden gegeben. Denken Sie nach Sie werden manche gute darunter finden."

Timmermann stützte sich auf den Ellenbogen und sprach vor sich hin:

„Do was en fien, fien Land, gräun von Gras un geel von 't riepe Korn. Un en Buur sat dr up, harr säben Sähn — un sien säben Sähn' fochten vör ehrn König un dat fien, fien Land — Nee! un nich mehr! Nie mehr! — Disteln un Dornen drägt de Acker — de Vossen hebben ehrn Bau da in — aus is's! Keiner soll mehr für das Land fechten! Nie mehr! — Mien Hof! Mien Huus! Mien Fru! — Wo sind de? —"

„Hören Sie, Väterchen, ich meine ganz, wir müssen Landsleute sein. Sind Sie nicht auch bei Kummerow zu Haus?"

„Kummerow? — He! Wat? — Sagt nich ein' Kummerow? — Gott verdamm's, wie ich's verdamm, das Kummerow!"

Abwehrend hob Walburg die Hand, erschüttert von dem Blick des Hasses in den Augen des Sterbenden. „Was hat Kummerow Ihnen zu leide gethan?"

„Zum Lumpen hat's mich gemacht, das Kummerow! Und ich war ein ehrlicher Kerl! Zum Lump hat der Schliepen mich gemacht, der Land und Leute ausnutzt wie ein Kapitalist und Schacherjud', — aber nich wie 'n rechtschaffener Gutsherr! — Hurra! Lumpenjungens! zu mir! Armer Hans! — Aexte, Messer her!

Auf meinem Grab soll schlagen
Der Trommler Tschinratatum —.

„Das giebt nu 'ne neue Art Krieg! Vaterland! Hahaha! Da sitzen die Dickköppe drin! die Läuse! — Wir haben unser Blut vergossen für das Vaterland! wir 1870! Sie aber haben für sich Geld draus geschlagen! Geld aus unserem Blut! — Hört! Hört alle! Paßt Achtung! Alle! So war's!"

Ehe Schwester Walburg ihm wehren konnte, hatte Vadder Timmermann sein Kopfkissen ergriffen, zusammengeballt, das hielt er wie eine Harfe im linken Arm Die rechte Hand fuhr mit unsicheren Griffen darüber, und er hub an zu singen, tief und gewaltig, während von den Lagerstätten ringsum sich die Köpfe hoben, mit bleichen Gesichtern, mit im Fieber brennenden Augen lauschend dem seltsam fremden Sang, der sich unauslöschlich einprägte in die Herzen.

„Im Norden sitzet, im Eisgefild,
Die alte Wölfin, brütet Drachen.
Der Drachen ärgsten brütet sie aus.
Dreimal verbrannt, erstand dreimal lebendig
Die alte Gulweig, und sie lebt noch!
Wo sie hinkommt, nennt sie sich „Geld".
Eine böse Zaubrin, die allen dient.
Eide zerreißt sie,
Blutsfreunde hassen sich.
Brüder kämpfen, morden Brüder.
Da kam das Sterben, das Sterben der Menschen,
Als Gold sie brannten, als Gold sie schlugen
In Walhalls Halle, die thörichten Götter!" —
Da kam das Sterben —

„Verflucht die Dickköpfe! — Verflucht Kummerow und sein Haus! — — Hans! Armer Hans!"

„Ich bin bei Dich, Vadder Timmermann."

Hans streckte die Hand zu dem Nachbarbett hinüber. Sie begegnete keiner befreundeten.

Das Kissen im Arm, war Timmermann zurückgesunken, den Mund geöffnet in einer letzten Verwünschung, die gebrochenen Augen drohend in unbesiegter Empörung gegen eine Weltordnung, die ihn und sein Geschlecht aus Jahrhunderte altem Gleise ins Weglose gedrängt hatte, und der er nie den nordisch steifen Nacken hatte beugen wollen.

Schwester Walburg drückte die Lider über diese im Tod noch trotzenden Augen, aber vergebens versuchte sie die Hände zu falten. Während der Körper erschlaffte, war in ihnen ein Teil des alten zähen Willens zurückgeblieben; sie widerstrebten hartnäckig der frommen Gebärde.

Aber während sie diese letzten Liebesdienste dem Mann leistete, der mit einem Fluch gegen ihren Vater und ihr Haus aus der Welt gegangen war, sah Hans zwei schwere

der Gradihrer Ausbeutung. (Beifall.) Wir sind damit in Oesterreich mit der Elends-Diskussion wohl endgültig fertig. Die Form, wie wir sie nun gewählt haben, hat auch den Vorteil, daß sie alle Möglichkeiten der Resultate der steigenden Ausbeutung umfaßt. Ein Zweites: Der ursprüngliche Entwurf hat gemeint, daß die Festsetzung des Zieles einer politischen Partei, die die ganze Gesellschaft bis ins Innerste packen und umwälzen will, es eigentlich überflüssig macht, noch zu sagen: Ich will die politische Macht, um das Ziel zu erreichen. Da eine große Anzahl Genossen es für notwendig hält, diese Gedanken ausdrücklich im Programm auszusprechen, so haben wir diesen Wunsch erfüllt, ohne daß wir damit nur ein Haarbreit zu einer anderen Ansicht abzuweichen brauchen. Sie erinnern sich, wir hatten einen Punkt im Entwurf, wo ich bekennen mußte: Ja, hier liegt wirklich ein Fehler vor. Es war der Punkt der von der Schaffung der Vorbedingungen für die künftige Gesellschaft heute schon handelt. Ich hatte nur das subjektive Moment im Entwurfe hervorgehoben und das objektive vergessen, das Moment, daß die Entwicklung der Gesellschaft selber diese Vorbedingung schafft. Dieser Fehler ist beseitigt Nun kommt ein Satz, der scheinbar eine Wiederholung ist, und den ich doch trotz seiner etwas schleppenden Form an dieser Stelle um keinen Preis vermissen möchte: „Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisierte Proletariat kann der Träger dieser notwendigen Entwicklung sein.“ Dieser Satz, zum Teile aus dem Hainfelder Programm genommen, ist eine Wiederholung wenn Sie wollen, ein stilistischer Fehler, ich bin auf diesen Vorwurf gefaßt, aber er ist das wichtigste, was wir im Programm haben, weil er uns abgrenzt gegen alle anderen, die sich Sozialisten nennen, und gern Sozialdemokraten werden, wenn sie es gelegentlich wieder nicht zu sein brauchen (Heiterkeit und Beifall.) Hier liegt der entscheidende Punkt. Der Gedanke kann nicht oft genug wiederholt werden, darum steht er ausdrücklich an dieser Stelle, weil ich ihn für das Rückgrat unserer ganzen politischen Parteistellung halte. —

Soziales.

Die Krise und die Gründung von Aktiengesellschaften. Der seit 1900 eingetretene wirtschaftliche Niedergang hat naturgemäß auch eine hemmende Wirkung auf die Gründung von Aktiengesellschaften ausgeübt. Für die Zeit vom September 1900 bis 1901 wurden in Bayern nur elf Aktiengesellschaften gerichtlich eingetragen. In der gleichen Periode des Vorjahres waren es 30 Gesellschaften. Das Aktienkapital betrug 8,29 Millionen Mark gegen 51 Millionen Mark im Vorjahre. Das sind bedeutsame Ziffern. In Württemberg erfolgten in der angegebenen Periode 3 (im Vorjahre 8), in Baden 5 (21) Neugründungen mit einem Kapital von 4,12 (4,13) bezw. 3,27 (22,51) Millionen [illegible] 19 gegen 60 Neu- [illegible] al von 15,69 gegen 77,6 Millionen [illegible] repräsentierten. Die Gründungen in Süddeutschland haben also eine Abnahme von 41 Gesellschaften bezw. 62 071 000 Mark aufzuweisen. Insgesamt waren im September 1901 430 Aktiengesellschaften in Bayern, 155 in Württemberg, 261 in Baden und 2 in Hohenzollern, somit zusammen 851 Aktiengesellschaften vorhanden, abgesehen von den zahlreichen Zweigniederlassungen norddeutscher Aktiengesellschaften. —

In den Ziffern der Auswanderungsstatistik macht sich die augenblickliche wirtschaftliche Krise bereits geltend. Wie stets in Zeiten geschäftlicher Depression sind die Zahlen erheblich gestiegen. Ueber Bremen wurden im Monat Oktober 7698 Personen (gegen 6357 im Vorjahre) befördert und über Hamburg 8978 (gegen 6470 im Oktober v. J.). Die näheren Ziffern über den Anteil der Deutschen an dieser gesteigerten Auswanderung liegen noch nicht vor, doch ist anzunehmen, daß die Zunahme zu einem erheblichen Anteil deutsche Auswanderer betrifft. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 14. November 1901.

Die Formen der Unternehmerverbände.

So lautete das Thema des gestern abend im oberen Börsensaale gehaltenen vierten Vortrages in dem von der Handelskammer veranstalteten Vortragscyklus über „Die Krisen und Kartelle“.

Der Vortragende, Herr Privatdozent Dr. Eulenburg-Berlin begann seine Ausführungen mit dem Hinweis, in seinem letzten Vortrag gesagt zu haben, „man halte die Kartelle für Einrichtungen, die imstande seien, die Krisen zu verhindern.“ Wenn das wahr wäre, dann würden die Kartelle außerordentlich wichtige Einrichtungen in unserem gesamten Wirtschaftsleben bilden. Die Kartelle haben leider diese Eigenschaft nicht.

Was sind Kartelle? Sie sind eine Erscheinung, die erst seit kurzer Zeit unser Wirtschaftsleben durchflutet, aber sie sind schon überall vorhanden. Dazu kommt, daß die Kartelle etwas Geheimnisvolles, etwas Mystisches an sich haben. Charakteristisch ist, daß sie dem Prinzip der freien Konkurrenz entgegenstehen. Die Kartelle sind zunächst Unternehmerverbände, allerdings anderer Art als diejenigen, die wir bereits in der Zunftzeit gehabt haben. Wenn die Kartelle bloß Unternehmerverbände wären, dann könnte man nichts gegen sie einwenden. Aktiengesellschaften, Produktivgenossenschaften usw sind auch Unternehmerverbände, aber doch ganz anderer Art als diejenigen, die die Kartelle darstellen. Die bisher bestandenen und teilweise noch vorhandenen Unternehmerverbände haben das Charakteristikum, daß sie sich zusammenschlossen, um entweder gemeinsam zu produzieren oder vorteilhafter einkaufen zu können. Die neuen Unternehmerverbände (Kartelle) unterscheiden sich wesentlich von den früheren dadurch, daß sie eine thatsächliche monopolartige Beherrschung des Warenmarktes anstreben. Es giebt in Deutschland, England und Amerika verschiedene Typen von Kartellen. Da sind zunächst die Ringe, die Trusts, die Corners und die Syndikate. Unterschiedliche Merkmale sind im Prinzip bei diesen Verbindungen nur sehr wenige vorhanden.

Bei den Ringen oder Corners schließen sich eine Anzahl von Kapitalisten zusammen, um möglichst vorteilhaft Waren aufzukaufen und sie dann zu hohen Preisen wieder zu verkaufen. Hier wird das Kapital also zu einem ganz bestimmten Zweck zusammen geworfen. Diese Thätigkeit kann unter Umständen auch ein Einzelner ausüben, wie es z. B. der große Getreidehändler Leister in Nordamerika gethan hat. Eine Eigentümlichkeit der Ringe besteht auch darin, daß sie mitunter nur für eine bestimmte Zeit gebildet werden. Das Gegenteil von den Ringen sind die Trusts. Dieses sind Kollektivunternehmungen, hervorgegangen aus einer Reihe von Aktiengesellschaften. Diese haben ihre sämtlichen Aktien einem Komitee übergeben — die sogenannte Treuhand — und bekommen dafür die Trustscertifikate. Eine neue Gesellschaft hat sich gebildet mit eigenen Rechten, die nunmehr von einer Centrale aus die Unternehmungen einheitlich leitet. Die früheren Leiter der einzelnen Unternehmungen haben nichts mehr zu sagen. Thatsache ist, daß diese Trusts durch die große Ansammlung von Kapitalien eine ungeheure Macht ausüben können. Mancher Trust, wie der Oil-Trust in Amerika beherrscht den Markt ebenfalls fast monopolartig. Ob die Mittel, die die Trusts anwenden, immer fair sind, darüber läßt sich streiten.

Als ein dritter Typus gelten die Kartelle und Syndikate. Die Kartelle sind vertragsmäßige Zusammensetzungen selbstständiger Unternehmer zu dem Zweck, durch gemeinsame Produktion und unter Beschränkung der freien Konkurrenz den Markt zu beherrschen. Der einzelne Teilnehmer bleibt zwar selbständig innerhalb seines Betriebes, wird aber durch den Kartellvertrag in vielen seiner Ausführungen gehemmt. Diese eingeschränkte Selbständigkeit wird vielfach als etwas besonders Vorteilhaftes an den Kartellen angesehen, ob mit Recht, bleibe dahingestellt Der ausgesprochene Zweck der Kartelle ist Aufrechterhaltung der Profitrate, ev. Erhöhung derselben durch Hochhaltung der Preise. Dieses ist das A und O der ganzen Kartellpolitik. Die Kartellformen sind nun außerordentlich zahlreich. In Deutschland kennt man — nach den verschiedenen Mitteln, die sie anwenden — fünf Arten. Die erste und älteste Form ist die der Preisvereinbarung oder Preiskonvention und zwar durch Preisfestsetzung nach unten und oben, weil die Kartelle auftreten können als Anbieter oder auch als Abnehmer. Eine Eigenart von Kartellen sind diejenigen, die abgeschlossen werden, um die Lohnforderungen der Arbeiter abzuschlagen, eventuell eine Lohnerhöhung zu verhindern. Durch die Ersparnis von Produktionskosten infolge des kartellierten Zusammenarbeitens soll ebenfalls eine Erhöhung des Profits eintreten. Wenn ein Kartell mit dem Steigern der Preise vorsichtig vorgeht, so daß das Publikum die Steigerung nicht gleich merkt, kann das Kartell lange existieren. Geschieht die Preissteigerung aber plötzlich, dann kann das Kartell sehr leicht gesprengt werden. Daß bei den Preisfestsetzungen sehr häufig sinnlos vorgegangen wird, wird dadurch bewiesen, daß deutscher Zucker und deutsche Schienen im Auslande billiger zu haben sind als bei uns. Die Unterbietung der einzelnen Werke bei größeren Lieferungen führt nicht selten den Zusammenfall des Kartells herbei, wie es z. B. bei den großen Walzwerksverbänden der Fall war.

Eine große Rolle in den Kartellen spielt zweitens die Gebietsverteilung. Bei dem Oel oder Petroleum läßt sich leicht ein Ausweg finden. Da kann Amerika die eine Hälfte des Weltmarktes und Rußland die andere Hälfte zugeteilt erhalten. Bei den Walzwerksverbänden oder den kartellierten Cementfabriken ist die Gebietsverteilung schon schwieriger, wie das auch bei einer Reihe von kartellierten Unternehmungen in England der Fall ist. Sind nur wenige Betriebe da, dann ist eine besondere Preisfestsetzung nicht nötig, die Regelung erfolgt von selbst. Da nun lediglich die Erreichung eines hohen Profites die Triebfeder der Kartelle ist, sind Reibereien unter den einzelnen Unternehmern an der Tagesordnung, ein Strörenfried findet sich schon, der dann die Existenz des Kartells erschüttert.

Ein weiteres wichtiges Moment bildet die Produktions- oder Absatzkartellierung, wobei festgesetzt wird, wo und in welcher Ausdehnung Produktionseinschränkungen eintreten müssen, damit der vorhandene große Produkten- oder Waren-Vorrat nicht schließlich preisdrückend wirkt. (Die Förderungseinschränkung bei den Bergwerken ist schon älter als die Gründung der Kartelle.) Die Festsetzung des durchschnittlichen Produktionskontingents ist aber mit großen Schwierigkeiten verknüpft, da sich bei Betriebseinschränkungen bekanntlich die Generalunkosten nicht in dem gleichen Maße verringern. Auch bei großen Submissionen kommt es vor, daß sich eine Reihe von Unternehmern zusammenschließen, um durch ein gemeinsam abgegebenes Gebot einem Unterbieten von einer anderen Seite vorzubeugen. Da neben den Kartellen noch immer eine Konkurrenz vorhanden ist und um ein Durchbrechen der Verträge zu verhindern, werden mitunter sehr hohe Strafen für die einzelnen Teilnehmer des Kartells festgesetzt für den Fall, daß jemand mehr produziert, als er vertragsmäßig herzustellen hat.

Als ein viertes beachtenswertes Moment ist die Gewinnausgleichung zu betrachten. Letztere kommt zustande, indem das Kartell einen Minimalpreis festsetzt und verlangt, daß die kartellierten Fabriken zu diesem Preise verkaufen. Da jeder Mehrerlös über den festgesetzten Syndikatsgewinn hinaus den Privatgewinn vermehrt, so versuchen die Kartellmitglieder sehr häufig die Preise ihrer Produkte auf eigene Faust hochzuschrauben und durchbrechen damit natürlich die vom Kartell gezogenen Schranken.

Als die höchste Form der Kartelle ist das Syndikat zu betrachten. Es besteht hauptsächlich darin, daß eine Reihe von Unternehmern eine gemeinsame Vertriebsstelle einrichten, in welcher nicht bloß der Verkauf geregelt wird, sondern auch die Verteilung der einlaufenden Aufträge vor sich geht, nachdem die Feststellung des zu liefernden Kontingents der einzelnen Werke erfolgt ist. Da es beim Syndikat nicht notwendig ist, daß die zu liefernde Produktionsmenge an die Centralstelle abgeführt wird, benutzt man mit Vorliebe Bankhäuser oder Centralstellen. Diese können auch durch einen Kommissionär gebildet werden oder aber, wie beim Kohlensyndikat, durch eine selbständige Aktiengesellschaft. Beim Syndikat wird auf Vorrat gearbeitet, eine Selbständigkeit des einzelnen Produzenten ist ausgeschlossen. Da eine Konkurrenz nicht existiert, ist der Käufer vom Syndikat abhängig. Der einzelne Betrieb ist nichts weiter als sozusagen ein Angestellter des Syndikats, der nur als Mitbeteiligter bei der gleichmäßigen Gewinnverteilung in Betracht kommt. Die Frage, ob die vom Kartell festgesetzten Konventionalstrafen klagbar seien, wird vom Redner bejaht. Naturgemäß herrscht in den Kartellen ein großer Terrorismus. Tritt irgendwo ein neuer Konkurrent auf, so hat z. B. das Kartell das Recht, die Preise auf eine gewisse Zeit herabzusetzen, bis der Konkurrent aus dem Felde geschlagen ist. Um dieses zu ermöglichen, haben die Kartelle eine sogenannte Kriegskasse, einen Kampffonds, der, wie beim Zuckersyndikat, unter Umständen sehr hoch ist. Am geschicktesten wird zur Zeit das Kohlensyndikat geleitet, wie denn überhaupt der Vertrieb von einer Centralstelle aus eine große Geschicklichkeit und Umsicht erfordert. Eine große Summe von Geist und Intelligenz ist hier unstreitig vorhanden. Ob die Kartelle ein Vorteil für die Gesamtheit sind, darüber, meint der Redner, ließe sich streiten. Jedenfalls werden wir wohl einmal eine Zeit bekommen, wo sie bekämpft werden müssen. Ohne Trusts und Kartelle sei der Handel im 20 Jahrhundert nicht gut denkbar und ein Verbieten derselben nicht angängig.

Auch dieser Vortrag wurde von der nicht mehr so zahlreich wie in den voraufgegangenen Vorträgen erschienenen Zuhörerschaft mit reichem Beifall entgegengenommen. Der nächste Vortrag, der die Ausbreitung der Kartelle behandelt, findet am Dienstag, den 19. November, statt. —

— **Achtung, Former und Kernmacher!** Im „General-Anzeiger“ wurden für die Maschinenfabrik Strehla in Sachsen Former und Kernmacher gesucht. Wir erhalten die Nachricht, daß die dortigen Kollegen in den Streik getreten sind. Wenn die Arbeiter in der jetzigen Zeit zu diesem letzten Mittel greifen, dann müssen die Arbeits-

---

Thränen ihr in die Augen steigen und die Wangen herabrollen. — — — —

An diesem Tag kämpfte Karl Damerkow einen harten Kampf. Die Untersuchung gegen die Aufrührer wurde mit fieberhaftem Eifer geführt, mit der vollen Wucht des Druckes den die Entrüstung des nachgerade nervös werdenden Kommerzienrats ausübte. Karl Damerkow war ein Hauptzeuge sein Bruder der Hauptschuldige.

Sein Bruder! Vor Jahren hatte er ihn sehr lieb gehabt, den stillen, träumerischen Bruder. Wenn er an sein Elternhaus, seine Jugendzeit zurückdachte, in jeder gute Stunde war das Bild des armen Hans verwebt. Und wahr blieb's, der Junge hatte sich heute sehr anständig und brüderlich gegen ihn benommen. Das Leben, das er lebte war vielleicht sein Geschenk. Einen Augenblick dachte Karl Damerkow ernstlich daran, von dem ihm gesetzlich zustehenden Recht Gebrauch zu machen, das Zeugnis gegen seinen Bruder zu verweigern. Aber er war Beamter bis ins Herz hinein Ueber allen natürlichen Empfindungen stand ihm die Pflicht Der Abtrünnige hatte das schwerste Verbrechen begangen das es nach seiner Schätzung gab, hatte sich vergangen an der Majestät des Staates, durch und für den er selbst lebte mit jeder Faser seines Seins, auf den er stolz war, als wär's seine eigenste Schöpfung, an dessen Unfehlbarkeit er glaubte, der ihm an Gottes Statt auf Erden stand. Daß sein eigen Fleisch und Blut es war, das sich so furchtbar, so unbegreiflich gegen dies Heiligtum empörte, spornte ihn zu um so schonungsloserer Abwehr. Er sagte auf seinen Beamteneid die Wahrheit, die volle Wahrheit.

Während er sprach, sah er wie eine Vision immer wieder das blonde Gesicht sich zwischen ihn und den Tod werfen, und er fühlte, daß ihm im Innern etwas riß. Aber er sprach zu Ende mit fester Stimme, ohne Schwanken, ohne Zittern. Nur über die Stirn fuhr er sich, als er abtreten durfte. Bei der mühseligsten Spitzbubenverfolgung war ihm nie so warm geworden. Schwerfällig, als hätte er Blei in den Füßen, schleppte er sich heim.

„Für Gott, König und Vaterland,“ wiederholte er immer wieder, wenn die Brust sich ihm zuschnürte in nie zuvor gekannter Beklemmung. „Für die drei kann der Mensch niemals zu viel thun.“ Er sagte es sich während der ganzen Nacht.

Am nächsten Morgen erhielt er die Vorladung zu einer Disciplinaruntersuchung. Man setzte ihm auseinander, daß er es an Takt fehlen lasse, an dem feinen Takt, der so außerordentlich notwendig für einen Schutzmann sei, um das Instinkt der Polizei im Publikum populär zu erhalten. Sein Urteil war im voraus gefällt. Er wurde mit Pension entlassen, mit der kleinen Schutzmanns-Pension hineingeschleudert als Dreißigjähriger in das Leben, um es von neuem zu beginnen.

Frau Ida jammerte laut, ihre Kinder in den Armen. Er sah starr, thränenlos, fast stumm stundenlang, tagelang Er konnt's nicht fassen, daß ihm das geschah, daß er, er! abgeweht sein sollte vom gewaltigen Baum des Beamtentums, an dem er als eine kleine, nicht gerade heilsame, aber lockende Frucht gehangen hatte, hinabgeweht in das unorganische Gewimmel der nicht vom Staat angestellten, einfachen Bürger, die der Staat nicht bezahlt, sondern die den Staat bezahlen.

Aber in seiner völligen Gebrochenheit entschuldigte er noch seinen Götzen.

„Den Bruder von einem Aufrührer und Hochverräter kann der Staat nich behalten, Ida, das kann er nich. Es is janz in der Ordnung, was mir jeschieht.“

Nicht die leiseste Ahnung sagte ihm, daß das, was ihm Amt und Brot, Lebenshoffnung und Lebensfreude wegschnitt, keineswegs die wild wirbelnde Art des unglücklichen Bruders war, sondern der kleine deutende Finger einer schönen Frau, die ihm Rache geschworen hatte in der qualvollsten Stunde ihres Lebens, da er ungerecht sie zur Dirne machte und die mit ihrer Gunst die Thränen bezahlte, die jetzt unter seinen heißen Lidern brannten.

Die Schwurgerichtsverhandlung kam.

Die Brüder standen einander gegenüber. Karl wiederholte sein Zeugnis. Er sah Hans dabei nicht an. Er sah in die Luft, auf eine Rosette der Wandverzierung.

Aber während er sprach, erhob Hans sich langsam von der Anklagebank; seine rechte Hand hielt die Barriere umklammert, seine Lippen waren ein wenig geöffnet, die Augen hingen groß und starr in tödlicher Verwunderung an dem Sohn seines Vaters, der gegen ihn zeugte.

Und nachdem Karl Damerkow seine Aussage abgegeben hatte, sprach Hans kein Wort mehr. Aber eine eigenartige Sympathie erweckte der verträumte blonde Mensch auf den Tribünen und bei den Richtern. Der Staatsanwalt selbst erkannte an, daß der furchtbare Tod seiner Braut als Milderungsgrund für den Angeklagten schwer in die Wagschale fallen müsse. Er wurde zu acht Monaten Gefängnis verurteilt.

(Fortsetzung folgt.)

Heiteres.

Moderner Standpunkt. Frau A.: „Unsere Freundin Bertha hat bereits fünf Kinder.“ — Frau B.: „Und dabei sagt sie immer, sie sei glücklich verheiratet.“ —

*

Taxierung. Dieb: „A' Bild hab' i g'stohl'n, zwei Jahrl' haben s' mir geb'n . . . der Maler, dös muß schon a rechter Künstler sein!“ —

*

Verfehlte Anspielung. Köchin (zärtlich zu ihrem Bräutigam): „Hast Du denn gar keine Sehnsucht nach einem eigenen Heim, Schatz?“ — „Ach Liebchen, ich bin doch hier gerade wie zu Hause!“ —

*

Neuer Schiffstyp. Kapitän (eine ältliche Radlerin bemerkend): „Schauen Sie, Kamerad! Ein neues Fahrzeug: Vereinigung von Rad und Schraube.“

(„Meggend. Hum. Bl.“)

Gewerbegerichtsbeisitzer-Wähler!

Sorgt dafür, daß bis zum Sonnabend abend Eure Namen in die Wählerlisten eingetragen sind.

Wer diesen Termin versäumt, darf sich an der Wahl nicht beteiligen. —

verhältnisse so tieftraurige sein, daß die Magdeburger Kollegen es ablehnen werden, dort Arbeit zu suchen. —

— **Der Zuzug von Arbeitslosen nach Hamburg** ist gegenwärtig ein außergewöhnlich starker. Hauptsächlich sind es Metallarbeiter, Erdarbeiter, Kellner rc., die dort zuziehen und das Heer der Arbeitslosen vermehren. Jedenfalls erscheint es angebracht, schreibt unser Hamburger Parteiorgan, die auswärtigen Arbeiter vor dem Zuzug nach Hamburg zu warnen, da für dieselben in Hamburg keinerlei Aussicht auf Beschäftigung vorhanden ist. —

— **Bestimmungen über die Sonntagsruhe am Totenfest-Sonntag.** Das kgl. Polizeipräsidium macht bekannt: Auf Grund des § 55a der Gewerbeordnung wird als Ausnahme von den sonst geltenden Vorschriften über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe für Sonntag, den 24. November 1901 (Totenfest-Sonntag) das Feilbieten von Blumen, Kränzen, Erinnerungszeichen und ähnlichen Gegenständen auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen und an anderen öffentlichen Orten im Polizeibezirk Magdeburg zugelassen. Während der für den öffentlichen Gottesdienst festgesetzten Stunden von 9 bis 11 Uhr vormittags und von 2 bis 3 Uhr nachmittags muß auch dieser Handel ruhen. Zur Einnahme von Handelsstellen auf öffentlichen Straßen ist jedoch auch für den Handel mit Blumen und Kränzen am Totensonntage eine besondere polizeiliche Erlaubnis gemäß § 83 der Straßen-Polizei-Verordnung vom 1. Oktober 1882 erforderlich, welche nach Maßgabe der Bekanntmachung vom 2. November 1901 — 1 6295 — für jeden Verkaufsstand nachzusuchen ist. —

— **Der Verein zur Bekämpfung der Schwindsucht** in der Provinz Sachsen und dem Herzogtum Anhalt zählt gegenwärtig Zweigvereine in Halle, Mühlhausen, Schönebeck und Wittenberg. Vereinnahmt hat der Hauptverein, wie aus dem soeben erschienenen Geschäftsbericht für das Jahr 1900-1901 hervorgeht, insgesamt 4647,56 Mark, verausgabt 4465,51 Mark. Sein Vermögen betrug 10 445,56 Mark. Die Fürsorge für Lungenleidende ist vorwiegend Sache der Zweigvereine. Von den Zweigvereinen haben Halle fast 9000 Mk., Mühlhausen 1548,55 Mark, Schönebeck 781,76 Mark verausgabt. Am 26. November d. J., nachmittags 4½ Uhr, findet in Halle die ordentliche Mitgliederversammlung des Vereins statt, auf deren Tagesordnung auch die Beschlußfassung über die Errichtung einer Heilstätte für lungenkranke Kinder steht. —

— **Sonderbare Gerüchte** durchschwirren seit einigen Tagen unsere Stadt. Wie wir den zahlreichen uns zugegangenen Nachrichten und Versionen darüber vorläufig entnehmen, hat Mitte voriger Woche ein Schutzmann in betrunkenem Zustande einen Arbeiter, der gleichfalls betrunken gewesen sein soll, dermaßen geschlagen, daß der Arbeiter noch am selben Abend ins Krankenhaus überführt werden mußte. Wie wir heute erfahren, ist der Schutzmann bereits seiner Uniform entkleidet worden und sieht seiner Bestrafung entgegen. Wir werden den Fall im Auge behalten und aus dem zahlreichen Material, das uns bis jetzt schon vorliegt, dasjenige veröffentlichen, für dessen Zuverlässigkeit wir auf Grund eingehender Recherchen garantieren können. —

— **Die hiesigen Fernsprech-Teilnehmer** sind von jetzt ab zum Sprechverkehr mit den Teilnehmern in Annaberg (Erzgebirge), Buchholz (Sachsen) und Aue (Erzgebirge) zugelassen. Die Gebühr für ein gewöhnliches Dreiminutengespräch beträgt 1 Mark. —

— **Aus dem Bureau des Stadttheaters** wird uns geschrieben: Von dem Verlag unserer Opernnovität „Meister Roland" ist Herrn Direktor Cabisius mit dem Ersuchen, dies den Tagesblättern bekannt zu geben, der Bescheid zugegangen, daß Se. Excellenz, Graf Geza v. Zichy am Sonntag, den 18. November, in Magdeburg eintrifft, um der Premiere seines Werkes beizuwohnen. Wie lebhaft und allgemein das Interesse ist, welches dem spannenden und interessanten Werke entgegengebracht wird, beweist die Thatsache, daß schon jetzt, mehrere Tage vor der Erstaufführung, die Billetbestellungen so zahlreich sind, daß voraussichtlich die ersten Vorstellungen völlig ausverkauft werden dürften. Morgen, Freitag, kommt Ambroise Thomas' Oper „Mignon" zur Wiederholung. Sonnabend auf allgemeines Verlangen nochmalige Aufführung von „Zwillingsschwester". —

— **Cirkus-Variété.** Es wird uns geschrieben: Am Sonnabend den 16. d. M. wird der Cirkus, welcher in allen Teilen einer gründlichen Renovierung unterzogen ist, als neues „Variété" uns die Eröffnungs-Vorstellung bringen. Herr Franz Schmidt, welcher das Cirkus-Etablissement übernommen, ist auf dem Gebiete der Leitung eines Specialitätentheaters Fachmann und will seine hiesige Bühne in jeder Weise auf der Höhe der Zeit erhalten. Kunstkräfte allerersten Ranges haben sich Herrn Schmidt verpflichtet, so daß man wohl annehmen darf, daß unter solchen Umständen der Besuch ein reger sein wird. —

Provinz und Umgegend.

Burg, 13. November. (Die Sammlung der Unterschriften gegen den Brotwucher im Wahlkreise Jerichow I und II) hatte bisher folgendes Ergebnis: Burg **4712** Unterschriften, Cracau 526, Altenplathow 380, Genthin 332, Brettin 105, Biederitz 96, Prester 91, Wahlitz 65, Parey 56, Schartenke 51, Pechau 49, Parchau 21, Nielebock 19, Menz 13, Roßdorf 6. **Zusammen 6522 Unterschriften.** Gommern und die benachbarten Ortschaften stehen noch aus. Die obige Summe entspricht ungefähr der Zahl der bei der letzten Reichstagswahl für uns abgegebenen Stimmen. Wenn sonach unser Kreis allerdings gegen viele andere Kreise, die oft an Unterschriften ein vielfaches der sozialdemokratischen Stimmenzahl bei der letzten Reichstagswahl aufweisen, zurücksteht, so muß andererseits darauf verwiesen werden, daß der Kreis mehr als 200 Ortschaften zählt und sich von Magdeburg bis Rathenow ausdehnt. Es fehlte an Leuten, um die Sammlung überall durchzuführen. Außerdem fehlt in einer Reihe kleiner Landstädtchen und Flecken noch jede Verbindung. Müssen wir uns so über die Beteiligung im allgemeinen beklagen, so gebührt andererseits den Genossen und auch Genossinnen, die sich an der Sammlung beteiligten, höchstes Lob. Einige haben 200—400 Unterschriften gesammelt und sich keine Mühe verdrießen lassen, bei dieser namentlich auf dem Lande so undankbaren, aber doch vielleicht sich als sehr dankbar erweisenden Arbeit. Sie werden ihren Lohn finden in dem Bewußtsein, nicht faul und gleichgültig beiseite gestanden zu haben, als es galt, ein Attentat auf den Brotkorb des arbeitenden Volkes abzuwehren.

(Unser „Tageblättchen") schreibt: „Bei den am 8. ds. stattgefundenen Stadtverordneten-Ergänzungswahlen der zweiten Klasse in Berlin erlitten die Sozialdemokraten eine große Niederlage; von 12 283 abgegebenen Stimmen erhielten sie nur 128." — Das „Tageblatt" braucht natürlich nicht zu wissen, daß dank unseres famosen Kommunalwahlunrechts in der zweiten Wählerklasse die Herren von Bildung und Besitz dominieren und daß es der Sozialdemokratie gar nicht einfällt zu glauben, sie könne die zweite Klasse erobern. In Berlin handelte es sich lediglich um eine Zählkandidatur des Genossen Singer, die uns den Beweis lieferte, daß auch in den Kreisen der besitzenden Klassen sich schon jetzt ein ganz netter Prozentsatz Parteigenossen befindet. Von einer „Niederlage" kann also nur das naive Gemüt eines „Tageblatt"-Redakteurs fabulieren. —

Braunschweig, 12. November. (Die Arbeitslosigkeit im Herzogtum Braunschweig.) Von der Handelskammer für das Herzogtum Braunschweig sind Erhebungen über den voraussichtlichen Umfang der Arbeitslosigkeit in diesem Winter veranstaltet worden. Die Erhebungen erstreckten sich laut Braunschweiger „Landeszeitung" über das ganze Herzogtum Braunschweig, und zwar wurden sämtliche wichtigeren industriellen Betriebe, zusammen 101, darunter 28 Betriebe der Maschinenbranche, gefragt. Danach betrug die Zahl der beschäftigten Arbeiter am 15. Oktober 1900 19 867, 15. Oktober 1901 dagegen 19 123, also 741 Arbeiter weniger. In der Eisenindustrie, die ja durch die wirtschaftliche Krise am meisten in Mitleidenschaft gezogen ist, stellten sich die Zahlen folgendermaßen. Es wurden beschäftigt: a) im Hüttenwesen 1900 2638 Arbeiter, 1901 2348, also 1901 — 290 Arbeiter; b) in der Maschinenindustrie 1900 5885, 1901 5383, also 1901 — 502 Arbeiter. Die Zahl der im Laufe der nächsten beiden Monate noch zur Entlassung kommenden Arbeiter dürfte sich auf etwa 500 bis 600 belaufen. Die angeführten Zahlen decken sich nicht mit der Zahl der im Herbste dieses Jahres thatsächlich vorgenommenen und noch zu erwartenden Entlassungen, da zumeist gegen Jahresschluß eine Verminderung der Zahl der Arbeiter einzutreten pflegt, die aber insofern eine Ausgleichung gefunden hat, daß für 1900 der gleiche späte Zeitraum wie für 1901 — der 15. Oktober — gewählt wurde, da ferner die Saisonbetriebe unberücksichtigt geblieben sind und schließlich in Fällen der Zunahme der Arbeiter die Ziffer derselben gegen die Verminderung aufgerechnet wurde. — In der Stadt Braunschweig wurden in den insgesamt 28 größeren Betrieben, die gefragt wurden, am 15. Oktober 1901 7591 Arbeiter gegen 8200 am gleichen Tage des Jahres 1900, also 609 Arbeiter weniger beschäftigt. Von den Arbeitern entfallen 58 Prozent auf die Maschinenindustrie. Die verhältnismäßig hohe Ziffer, die sich in der Stadt Braunschweig gegenüber der Ziffer für das gesamte Herzogtum danach ergiebt, erklärt sich daraus, daß in der Stadt nur sehr wenige Betriebe eine erhöhte Arbeiterzahl gegenüber dem Vorjahre aufweisen, während dies außerhalb der Stadt mehrfach der Fall war, infolgedessen die Zahl der Arbeiterverringerungen durch die der Vermehrungen sich dort mehr ausglich. —

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Bei der Kirmesfeier in Osendorf bei Halle entwickelte sich eine blutige Schlägerei, bei der das Messer wieder eine Rolle spielte. Ein polnischer Arbeiter wurde durch Stiche tödlich, ein einheimischer Bergarbeiter lebensgefährlich verletzt. — Die Braunkohlengruben Mertendorf und Wetterscheid bei Naumburg haben sich veranlaßt gesehen, den größten Teil der Belegschaft zu entlassen. — Sonntag früh ereignete sich in Quedlinburg in der Kegelbahn im „Prinzen Heinrich" eine Gasexplosion von furchtbarer Gewalt. Ein Hahn war die ganze Nacht auf Sonntag offen stehen geblieben. Als nun früh der dort beschäftigte Maler Israel hineintrat und im Ofen Feuer anmachen wollte, ereignete sich die Explosion, durch welche die ganze Wand gegen den Hof hinausgedrückt und vollständig zerstört wurde. —

Zur Staßfurter Katastrophe.

Den eintreffenden Berichten zufolge steht nunmehr definitiv fest, daß die noch im Schacht befindlichen Bergarbeiter unrettbar verloren sind. Ihre Zahl wird entgegen gestriger Meldungen, wo von nur 13 die Rede war, jetzt auf **15** angegeben. Den jetzt noch im Krankenhause liegenden elf verletzten Bergleuten, unter denen sechs Schwerverwundete sind, ergeht es, einer Depesche der „Magdeburgischen Zeitung" zufolge, den Verhältnissen entsprechend gut, so daß Hoffnung vorhanden ist, daß von ihnen keiner weiter sterben wird. Die Zahl der Opfer, deren Namen jetzt sämtlich bekannt sind, beträgt einschließlich der beiden an ihren Verletzungen gestorbenen 17.

In der Dienstag nachmittag abgehaltenen Sitzung der Staßfurter Stadtverordneten gedachte der neugewählte Stadtrat Hoffmann des großen Unglücks, das die Gewerkschaft „Ludwig 2." betroffen hat und regte an, der letzteren, sowie ihren Beamten und Arbeitern die tiefgefühlteste Teilnahme der Behörden zum Ausdruck zu bringen. Im Anschluß hieran machte Generaldirektor Gräßner den Vorschlag, es bei dieser Mitgefühlskundgebung nicht zu belassen, sondern den von so schwerem Unglück betroffenen Familien, die angesichts des nahen Winters noch stärker die Not infolge des Verlustes ihrer Ernährer empfinden würden, eine materielle Hilfe zu gewähren und zwar durch Veranstaltung einer öffentlichen Sammlung unter den Bürgern der Stadt. Redner empfahl zu diesem Zwecke die Bildung eines Ausschusses. Bürgermeister Reinhard begrüßte diesen Vorschlag mit Freuden und teilte mit, daß er, als er am Montag abend das Krankenhaus besucht und die darin untergebrachten Opfer der bedauerlichen Katastrophe gesehen habe, tief erschüttert gewesen sei über die zum Teil grausigen Verletzungen, die einzelne der dort liegenden Verunglückten erlitten hätten.

Es wurde beschlossen, als Gabe der Stadt den Betrag von 1000 Mark zur Verfügung zu stellen. Ferner wurde der Betrag für eine Kranzspende der Stadt bewilligt. —

Vermischte Nachrichten.

* **Eine Polizeiverordnung,** welche klassisch genannt werden kann, hat der Bürgermeister des französischen Städtchens Gannat im Departement Allier erlassen. Der gestrenge Herr verordnet, daß Motorwagen in den Straßen der guten Stadt Gannat nur in einem Tempo fahren dürfen, welches dasjenige eines im Schritt gehenden Pferdes nicht überschreitet. Der Artikel 3 dieser merkwürdigen Verordnung lautet: „In Fällen, wo die Polizei außer stande sein sollte, die Innehaltung dieser Bestimmung zu erzwingen, beehrt sich der unterzeichnete Bürgermeister, die Bürger aufzufordern, ihm thatkräftigen Beistand zu leisten und die öffentliche Sicherheit unter Umständen dadurch herbeizuführen, daß sie beim Herannahen von Fahrzeugen, welche die vorstehende Verordnung überschreiten, Ketten, Seile oder haltbaren Draht über die Straße spannen!" —

* **Ein ergötzliches Geschichtchen,** welches sich anläßlich des Festzuges in Brixen zugetragen haben soll, wird der „Bozener Zeitung" von dort gemeldet: „Mehrere Ladenbesitzer hatten ihre Schaufenster ausgeräumt und an Schaulustige vermietet. Vor einem Hause in der L.-Straße, in dessen Fenster drei Damen, welche das zarte Frühlingsalter schon längst verlassen hatten, saßen, staute sich plötzlich die Menge und ein ohrenbetäubendes Gelächter erscholl. Da der Haufe immer größer und das Gelächter immer stärker wurde, fühlte sich der Hausbesitzer veranlaßt, hinauszugehen, um nach der Ursache dieses Zusammenlaufes zu sehen. Groß war aber seine Verlegenheit, als er sich davon überzeugte. Er hatte nämlich in der Eile beim Ausräumen des Schaufensters vergessen ein Schild wegzunehmen, welches unterhalb der Scheibe befestigt war und worauf zu
„Wegen
jetzten Preisen!" —

Kleine Chronik.

Der Krosigk-Prozeß

dürfte in der Revisions-Instanz beim Reichs-Militärgericht in diesem Jahre nicht mehr zur Verhandlung kommen. Die Akten sind erst jetzt aus Gumbinnen in Berlin eingetroffen und es werden bei der großen Fülle des Materials nicht wie gewöhnlich ein, sondern höchst wahrscheinlich zwei Reichs-Militärgerichtsräte die Berichterstattung übernehmen müssen. Sollten auch militärische Fragen bei der Anwendung der Gesetzesparagraphen zur Erörterung gelangen müssen, so würde sich der selten vorkommende Fall ergeben, daß der Senat auch einen militärischen Berichterstatter zu bestimmen hätte. Erst nachdem dieser Berichterstatter die Akten studiert, werden diese der Militäranwaltschaft überwiesen. Dann erst kann der Verhandlungstag „in Sachen Marten" durch den 1. Senat festgesetzt werden. —

Nachklänge vom Gumbinner Militärprozeß.

Die im Gumbinner Militärprozeß als Zeugen aufgetretenen Wachtmeister Buppertsch und Vicewachtmeister Schneider sind, wie der „Königsberger Hartungschen Zeitung" mitgeteilt wird, als Invaliden anerkannt und aus dem Militärdienst geschieden, nachdem sie den Civilversorgungsschein nebst kleiner Pension erhalten hatten. Die Prämie von 1000 Mark haben sie zwar dadurch verloren, doch ist ihre Schadloshaltung aus der Sammlung des Rechtsanwalts Horn zweifellos, da diese sich auf fast 8000 Mark beläuft. Auch der Sergeant Hickel, welcher nicht zur Entlassung gelangt ist und über den bekanntlich noch das Reichs-Militärgericht Recht sprechen wird, ist auf seine Dienstbrauchbarkeit untersucht worden. Auch er ist als Ganzinvalide anerkannt und wird, sobald er endgültig freigesprochen sein wird, ebenfalls eine Invalidenpension und den Civilversorgungsschein erhalten. Ohne jede Ansprüche ist der Unteroffizier Dominick entlassen worden, der bekanntlich bereits in erster Instanz freigesprochen wurde. Er findet vor der Hand keine Beschäftigung und hält sich zur Zeit bei seinen Eltern im Kreise Angerburg auf. — Im Strafprozeß wider Marten und Hickel ist die von dem Vertreter der Staatsanwaltschaft einzureichende Revisionsschrift dem letzteren noch nicht zugestellt worden. —

An den Folgen des Erdbebens

leidet die Bevölkerung von Salo am Gardasee noch immer fort. Die Leute sind sehr verängstigt und nervös. Jedes halbwegs auffällige Geräusch und jede zufällige Erschütterung des Bodens durch einen Wagen oder Bahnzug erweckt die Furcht vor einem neuen Erdbeben. Am 5. November wäre es im Justizpalast beinahe zu einem Unglück gekommen. Während einer Gerichtsverhandlung, die viele Leute angelockt hatte, fiel ein Stück der Decke des Verhandlungssaales herab.

Augenscheinlich war die Decke durch das Erdbeben vom 30. Oktober zerrissen worden, und daß nun jetzt ein Stück von ihr abbröckelte, war reiner Zufall. Aber die im Gerichtssaal versammelten Leute glaubten an ein neues Erdbeben. Alle Welt suchte Hals über Kopf den Ausgang zu gewinnen. Es entstand ein gefahrvolles Gedränge. Mehrere Personen wurden zu Boden geworfen und getreten, und die flüchtende Menge verbreitete durch die ganze Stadt Furcht und Entsetzen. —

In Flammen

steht eins der schönsten Gebäude der Stadt Odessa, die Passage Mandelewitsch. Zehn Läden mit ihren Waren sind gänzlich vernichtet. In einer im dritten Stock befindlichen Mädchenschule sind zwei Schülerinnen umgekommen. Der Schaden wird bisher auf ungefähr eine Million Rubel geschätzt. —

Kleine Tageschronik. Die Rettungsstation Göhren der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 13. d. M. wurden von dem hier gestrandeten russischen Schoner „Agent", Kapitän Hundblof, mit Holz von Finland nach Kopenhagen bestimmt, vier Personen durch das Rettungsboot der Station gerettet. Sturm aus Südwest. — Während der Dienstag-Nacht und am Mittwoch vormittag herrschte in Tilsit und in der Umgebung anhaltendes Schneetreiben. — Auf der Newa ist voller Eisgang. — Das Dorf Lendzin im Kreise Pleß ist zur Hälfte abgebrannt. Das Feuer ist in der Kirche ausgebrochen. — Dienstag abend brach auf zwei Naphthagruben in Baku wieder ein größeres Schadenfeuer aus, durch welches fünf Bohrtürme und sechs Reservoirs zerstört wurden. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 13. November 1901.

Körperverletzung. Der Handelsmann Otto Sopha aus Rothensee und der Arbeiter Georg Griethe hier gerieten am 9. September d. J. im „Granatsplitter" mit mehreren Maurern in Wortwechsel, der schließlich draußen in Thätlichkeiten ausartete. Die Angeklagten schlugen gemeinschaftlich mit den Fäusten auf zwei Maurer los. Zum Schluß versetzte Sopha zwei Maurern mehrere Messerstiche in Arm und Rücken. Der Gerichtshof erkannte wegen gefährlicher Körperverletzung in Anbetracht der Vorstrafen gegen Sopha auf 1 Jahr 3 Monate, gegen Griethe auf einen Monat Gefängnis. —

Fahrlässige Körperverletzung. Der Kutscher Friedrich Schipper hier, geboren 1849, fuhr am 18. August d. J. trotz des lebhaften Verkehrs nachmittags mit einem zweispännigen Wagen im Trabe durch das Publikum den Breitenweg entlang und überfuhr dabei einen 4 Jahre alten Knaben, der einen Oberschenkelbruch erlitt. Der Angeklagte wurde wegen fahrlässiger Körperverletzung im Verein mit Uebertretung der Straßenpolizeiverordnung mit 50 Mark Geldstrafe belegt. —

Vertagt. Der Schäfer und Nachtwächter Friedrich Wetzel zu Köpernitz, geboren 1855, soll sich in der Nacht zum 24. August d. J. in diebischer Absicht in die Wohnung der Ackermannswitwe Giese eingeschlichen, dort einen Schreibsekretär erbrochen und etwa 200 Mark gestohlen haben. Er stellt die That entschieden in Abrede. Nach mehrstündiger Verhandlung beschloß der Gerichtshof die Vertagung zwecks weiterer Beweiserhebung. —

Wegen Konkursvergehens wurde der Kaufmann Gustav Werner zu Calbe a. S. zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt. —

Unter eigenartigen Umständen spielte sich eine Gerichtsverhandlung ab, die am Montag die zweite Strafkammer am Landgericht 2 Berlin bis in die späte Abendstunde beschäftigte. Wegen Herausforderung zum Zweikampf und wegen Beleidigung hatte sich der Postsekretär Blomann und wegen Körperverletzung und Beleidigung der angebliche russische Professor der Chemie, Eugen François Trachsel zu verantworten. Die Veranlassung zur Herausforderung war eine Liebesaffaire. Zu einem Duell kam es nicht, wohl aber zu gegenseitigen Beleidigungen und Körperverletzungen. Der angebliche Professor Trachsel verweigerte vor Gericht die Aussage, wie er zu seinem Professortitel gekommen sei und antwortete auf eine Frage des Vorsitzenden: „Wie ich meinen Bildungsgang gemacht habe, geht niemand etwas an." Hierfür wurde er wegen Ungebühr zu fünfzig Mark Geldstrafe verurteilt. Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde ihm ein Revolver und ein Dolch abgenommen. Das Urteil lautete gegen Blomann auf 3 Tage Festung wegen Herausforderung und auf 50 Mark Geldstrafe wegen Beleidigung, gegen Trachsel wegen Beleidigung und Körperverletzung auf 500 Mark Geldstrafe.

Vereine und Versammlungen.

Eine gut besuchte **Mitglieder-Versammlung des Verbandes der Steinsetzer und Berufsgenossen** (Filiale Magdeburg) tagte am vergangenen Sonntag bei Prautsch. Nachdem ein Kollege in den Verband aufgenommen, referierte Kollege Jünemann über das Lehrlingswesen, er kritisierte die heutige Lehrlingszüchterei scharf. Es wurde ein Antrag Jünemann angenommen, daß nur auf fünf Gesellen ein Lehrling fallen dürfe. — Das Zeitungstragen wird auf Antrag Große ab 1. Januar mit 20 Pfennig pro Mitglied und Vierteljahr aus der Kasse gedeckt, welchen Betrag die Vertrauensleute erhalten, die das Austragen besorgen. Da die sämtlichen Zahlstellen außer Sudenburg gut verwaltet werden, wird von der Bestellung eines Kolporteurs für ganz Magdeburg Abstand genommen und bestimmt, daß sich Sudenburg einen anderen Kolporteur wählt. — Die Delegiertenwahl zum Verbandstag ergab, daß Jünemann mit 12 Stimmen Majorität gegen die anderen Kandidaten gewählt ist. — Der Punkt „Krankenkassenwesen" wurde zum zweitenmal zurückgestellt. An Stelle dessen sollten Anträge zum Verbandstag gestellt werden. Gewünscht wurde, daß § 5 des Statuts der Sterbe-Unterstützungskasse auf dem Verbandstag verschwinde. — Sodann wurden folgende Kollegen wegen rückständiger Beiträge aus dem Verbande ausgeschlossen: 1. Klinder, 2. Th. Reinhold, 3. Gries, 4. Schaffranek, 5. Beinhorn, Magdeburg, 6. G. Laas, 7. Ludwig, Hilfsarbeiter, beide aus Hohendodeleben, 8. W. Pfeffer, Olvenstedt (auf Wunsch). — Beim Punkt „Verschiedenes" werden auf Antrag Jünemann 5 Mark zum Ankauf von notwendigen Büchern für die Gewerkschaftsbibiothek bewilligt. Es fanden noch einige Auseinandersetzungen statt zwischen einigen Kollegen. Hierauf fand folgende Resolution Annahme: „Die Versammlung vom 10. November mißbilligt den Schritt der beiden Kollegen Bense und Schadenberg und fordert die auswärtigen Kollegen auf, weiter in der Organisation zu verbleiben." —

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Sonnabend, den 16. November, abends 8½ Uhr, Versammlung des Bezirks Wilhelmstadt im „Luisenpark", Spielgartenstraße 1c. —

Freitag, 15. November:

Naturheilverein Buckau. Abends 8 Uhr Vereinsversammlung und Vortrag des Herrn Klose im „Adler".

Turnverein „Jahn", Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnabend in der „Zerbster Bierhalle", Schöningerstraße 22.

Turnverein „Vorwärts" Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnstunde in der städtischen Turnhalle am Königsweg.

Mundharmonika-Verein Concordia. Alte Neustadt. Jeden Mittwoch und Freitag Uebungsstunde im „Schoppen", Rogätzerstr. 73.

1. Sudenburger Mundharmonika-Verein „Echo". Jeden Dienstag und Freitag Uebungsstunde beiEngelleiter, Helmstedterstraße.

Arbeiter-Turnverein „Angola." Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde in der „Krone", Moldenstraße.

Gesangverein Gemütlichkeit, Alte Neustadt. Jeden Freitag abend 8 Uhr Uebungsstunde bei Georg Winter, Rogätzerstr. 80.

Männer-Gesangverein „Lyra". Jeden Freitag abend Uebungsstunde bei Wagner, Grusonstr. 10. Daselbst Aufnahme neuer Mitglieder.

Arbeiter-Stenographen-Verein. Bezirk Buckau. Jeden Freitag abends 8½ Uhr Uebungsstunde bei Vetbge, Thiemstraße.

Männer-Gesangverein „Vorwärts" Alte Neustadt. Jeden Freitag Uebungsstunde bei Wilhelm Darius, Moldenstraße 26.

Sudenburg Skatklub „Grüne Sieben". Jeden Freitag von 8½ bis 10½ Uhr Spielabend im „Reiseonkel". Mitglieder werden daselbst aufgenommen.

Sudenburger Arbeiter-Gesangverein „Liederkranz". Jeden Freitag abends 8½ Uhr Uebungsstunde bei Roschc, Braunschweigerstraße 2a. Mitglieder werden aufgenommen.

Arbeiter-Gesangverein Buckau. Jeden Freitag abends 8½ Uhr Uebungsstunde bei W. Engelmann, Schönebeckerstraße 53. In jeder Uebungsstunde werden Mitglieder aufgenommen.

Groß-Ottersleben. Arbeiter-Turnverein „Jahn". Jeden Dienstag und Freitag Uebungsstunde bei Strumpf.

Groß-Ottersleben. Athletenklub Groß-Ottersleben. Jeden Dienstag und Freitag Uebungsstunde bei Strumpf.

Klein-Ottersleben. Männer-Turnverein. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde bei A. Müller in Kl.-Ottersleben.

Klein-Ottersleben. Arbeiter-Gesangverein „Gleichheit." Jeden Freitag abends 8½ Uhr Uebungsstunde beim Gastwirt A. Müller.

Benneckenbeck. Freie Turner Benneckenbeck. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde im Lokale des Herrn Hoppe.

Fermersleben. Arbeiter-Turnverein „Vorwärts" Fermersleben. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde bei Herrn Erxleben („Buckauer Bierhalle").

Diesdorf. Männer-Turnverein. Jeden Dienstag und Freitag Uebungsstunde im „Weißen Roß" (Inh. Hildebrandt.)

Olvenstedt. Turnverein Freiheit Olvenstedt. Jeden Dienstag und Freitag Uebungsstunde bei A. Schinke.

Gommern. Turnverein „Jahn". Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Uebungsstunde bei Bollmann.

Burg. Freie Turnerschaft. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde in der „Guten Quelle", Kolonieстraße 19.

Neuhaldensleben. Arbeiter-Gesangverein „Einigkeit." Jeden Freitag abends 8 Uhr Uebungsstunde bei Wilh. Herzog. In jeder Uebungsstunde werden Mitglieder aufgenommen.

Sonnabend, 16. November:

Arbeiter-Turnverein Neustadt. Versammlung abends 8 Uhr im „Weißen Hirsch" Friedrichsplatz 2.

Briefkasten.

A. Vogler, hier. Ihr Gedichtchen: „Sparmumpitz" ist zur Aufnahme in unserer Zeitung nicht geeignet. —

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe zum Kochen) 18,00—24,00 Speisebohnen (weiße) 18,00—34,00. Linsen 19,00—38,00. Eßkartoffeln 5,00—5,50. Richtstroh 6,00—6,80. Krummstroh 4,50 bis 5,50. Heu 7,50—8,50. Timotheum ——. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 1,00—1,05, von der Keule 1.40—1.50. Bauchfleisch 1,20—1,30, Schweinefleisch 1,20—1,40, Kalbfleisch 1.20—1.40. Hammelfleisch 1.20—1.40. Speck (geräuchert) 1.60. Eßbutter 2.40—2.60. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 3.60—4.40. —

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

					Fall	Wuchs
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	12. Nov.	+ 1.15	13. Nov.	+ 1.15	—	—
Trotha	„	+ 1.68	„	+ 1.64	0.04	—
Alsleben	„	+ 1.48	„	+ 1.46	0.02	—
Bernburg	„	+ 1.07	„	+ 1.09	—	0.02
Calbe, Oberpegel	„	+ 1.50	„	+ 1.48	0.02	—
do. Unterpg.	„	+ 0.04	„	+ 0.50	0.04	—
Iser, Eger, Moldau.						
Jungbunzlau	11. Nov.	+ 0.02	12. Nov.	+ 0.06	—	0.04
Laun	„	— 0.06	„	— 0.04	—	0.02
Budweis	„	— 0.05	„	— 0.03	—	0.02
Prag	„	— 0.34	„	— 0.37	0.03	—
Mulde.						
Dessau Muldebrücke	12. Nov.	— 0.02	13. Nov.	— 0.15	—	0.17
Elbe.						
Pardubitz	11. Nov.	— 0.15	12. Nov.	— 0.15	—	—
Brandeis	„	— 0.06	„	— 0.07	0.01	—
Melnik	„	— 0.54	„	— 0.49	—	0.05
Leitmeritz	„	— 0.46	„	— 0.42	—	0.04
Außig	12. „	— 0.20	13. „	— 0.18	—	0.38
Dresden	„	— 1.50	„	— 1.49	—	0.01
Torgau	„	+ 0.35	„	+ 0.34	0.01	—
Wittenberg	„	+ 1.20	„	+ 1.20	—	—
Roßlau	„	+ 0.58	„	+ 0.59	—	0.01
Barby	„	+ 0.81	„	+ 0.82	—	0.01
Schönebeck	„	+ 0.60	„	+ 0.61	—	0.01
Magdeburg	13. „	+ 0.94	14. „	+ 0.97	—	0.03
Tangermünde	12. „	+ 1.39	13. „	+ 1.37	0.02	—
Wittenberge	„	+ 0.99	„	+ 1.99	—	—
Dömitz, Pegel	„	+ 0.40	„	+ 0.40	—	—
Lauenburg	„	+ 0.56	„	+ 0.56	—	—
Havel.						
Brandenburg Oberpegel	11. Nov.	+ 1.93	12. Nov.	+ 2.03	—	0.10
do. Unterpegel	„	+ 0.67	„	+ 0.70	—	0.03
Rathenow Oberpegel	„	+ 1.58	„	+ 1.58	—	—
Unterpegel	„	+ 0.31	„	+ 0.26	0.05	—
Havelberg	„	+ 1.18	„	+ 1.18	—	—
Oder.						
Kosel	11. Nov.	+ 0.84	12. Nov.	+ 0.89	—	0.05
Brieg Oberpegel	„	+ 4.36	„	+ 4.38	—	0.01
do. Unterpegel	„	+ 1.60	„	+ 1.70	—	0.10
Breslau Oberpg.	„	+ 4.80	„	+ 4.82	—	0.02
do. Unterpegel	„	— 1.14		— 1.14	—	—
Warthe.						
Posen	11. Nov.	0.54	12. Nov.	+ 0.54	—	—
Küstrin	9. „	0.02	11. „	0.02	—	—
Weichsel.						
Thorn	8. Nov.	+ 0.14	9. Nov.	+ 0.12	0.02	—
Netze.						
Usch	8. Nov.	— 0.30	9. Nov.	+ 0.30	—	—

Thee, Kakao, Schokolade u. sämtl. Hustenmittel Parfüm, Seifen, Kämme, Zahn- und Kopfbürsten zum äußersten Preise. Weine v. 50 Pf. die Flasche an.

Außerdem bringe ich meine vorzügl. u. bill. **Cigarren** in Erinnerung. Für Radfahrer **pa. Calciumcarbid** stets vorrätig.

Herm. Jaeger, N., Breiteweg 24.

Zwei Schuhmacher-Maschinen, eine Mansfeld-Säule (gebraucht) **eine Elastic-Stahlarm** (neu) billig zu verkaufen 1169

H. Hoffmeister
Spiegelbrücke 8.
Lager sämtlicher Schuhmacher-Artikel alle Materialien zur Gummischuh-Reparatur

Winter-Paletots, Anzüge .... Kragenmäntel .... extra Weiten (Bauchsachen) Anz. Mk. 5, Abz. Mk. 1 an gegen bar und auf

Teilzahlung

A. Friedländer
Breiteweg 118.
Erstes u. ältestes Geschäft .. dieser Art am Platze ..

Standesamt.

Magdeburg, 12. November.

Aufgebote: Zimmerm. Heinr. Röseler mit Mathilde Tischler in Pudewitz. Schlosser Willy Beck mit Bertha Fickewirth in Gr.-Ottersleben. Polizeisergeant Gust. Herm. Lorenz in Halle mit Marie Luise Paul in Förderstedt. Arb. Franz Falk in Charlotten mit Auguste Steinke in Starahütte. Hoteldiener August Patorra mit Minna Schlitzbake. Straßenbahnschaffn. Friedr. Wilhelm Karl Bey in Neustadt mit Ella Paula Faust in Sohlen.

Eheschließungen: Arbeiter Hermann Hahn mit Hedwig Engel. Buchbinder Otto Lieberam mit Wwe Agnes Irmer geb. Hoffmann.

Geburten: Elli, T. des Hilfsweichenstell. Anton Clauder. Ernst, S. des Arbeiters Friedrich Hiob. Herbert, S. des Postschaffn. Wilh. Lichtenbogen. Magdalene, T. des Eisenbahnarb. Franz Voigt. Käthe, T. des Arb. Hermann Kaliszewski. Paul, S. des Straßenbahnschaffners Wilhelm Markwardt. Erna, T. des Porzellandrehers Robert Giesau. Elfriede, T. des Schutzm.-Probisten Wilhelm Borchardt. Hans, S. des Geschäftsreisenden Max Heynemann. Alfred, S. des Vicewachtmeisters u. Regimentsschreibers Otto Spindler. Elisabeth, T. des städt. Lehrers und Kustos Friedr. Henning.

Vom 13. November.

Aufgebote: Agent Wilhelm August Ewig mit Marie Elise Seeger in Bienenbüttel. Barbierherr Willy Weidling mit Martha Zerbe hier. Hausdiener Karl Reinsdorf mit Friederike Schröder hier. Bergm. Gustav Herm. Schmidt mit Emma Minna Bröse in Borne. Arb. Friedrich Hätzer in Döbis mit Ida Danneberg in Döffel. Archit. Rudolf Karl Christian Gottfried Louis Alb. Oskar Wilhelm Schmidt in Leipzig mit Martha Emma Wilhelmine Tinius in Leipzig-Neustadt. Stuccateur Emil Aug. Gust. Schulze in Althaldensleben mit Wilhelmine Rosalie Klara Heinze in Raguhn. Hilfsweichenst. Christ. Louis Emil Helmstedt mit Anna Emma Teichert in Bernburg. Maschinenschlosser Gust. Scherf mit Marie Hanf hier. Herrenkleiderm. Wilh. Pradelt hier mit Anna Koch in Bernburg.

Geburten: Paul, S. des Arb. Richard Kunstmann. Hedwig, T. des Postboten Alb. Schröder. Otto, S. des Mil.-Inv. Friedrich Siese. Frieda, T. des Steingutdreh. Otto Kirzler. Arthur, S. des Bureaugehilfen Karl Maikath. Fritz, S. des Schlossers Friedrich Köhler. Erich, S. des Arb. Karl Dreier.

Todesfälle: Otto Kapp, Ingenieur, 58 J. 11 M. 19 T. Ernestine geb. Menschel, Ehefrau des Eisenbahn-Lademeisters Heinrich Daul, 33 J. 5 M. 7 T. Friederike geb. Weißkopf, Ehefrau des Arb. Val. Holter in Langenweddingen, 52 J. 4 M. 2 T. Anna, T. des Arb. Paul Schiel, 3 J. 7 T. Unben. T. des Eisenb.-Arb. Rud. Storbeck, 1 T. Otto Jaenücke, Rentier, 67 J. 2 M. 8 T. Robert Baer, Drechsler, 47 J. 9 M. 9 T. Martha Wenck, unverehel., 23 J. 4 T. Helene, T. des Glasers Otto Storch, 3 M. 6 T. Minna geb. Leinung, Ehefr. des Arbeiters Karl Wolter in Calbe a. S., 31 J. 9 M. 24 T. Hans, S. des Tischl. Reinh. Gebauer, 1 J. 3 M. 9 T.

Sudenburg, 13. November.

Geburten: Gustav, S. des Eisenb.-Hilfsbremsers Gust. Stoltze. Charlotte, T. des Malers Karl Schnetter. Leopoldine, T. des Straßenbahnarbeiters Josef Lück. Frieda, T. des Schmieds Otto Christel.

Todesfall: Heinrich, S. des Masch.-Putzers Peter Weißenborn, 2 J. 5 M. 14 T.

Buckau, 12. November.

Eheschließung: Vorarbeiter Richard Walter Gustav Siegmann in Bous an der Saar mit Auguste Klara Ida Hennig hier.

Vom 13. November.

Geburten: Liesbeth, T. des Tischlers Wilhelm Elze. Helene, T. des Formers Paul Fischer.

Todesfall: Elsa, T. des Buchdruckereibesitzers Paul Schildt, 15 T.

Neustadt, 13. November.

Geburten: Frieda, T. des Heizers Wilh. Schröder. Ella, T. des Arbeiters Karl Lichtenberg. Liesbeth, T. des Schlossers Paul Wisch. Jenny, unehelich Elly, T. des Klempners Friedr. Wegener. Kurt, S. des Maschinisten Karl Braune. Wilhelm, S. des Landw. Karl Höltgebaum. Erich, S. des Konditors Karl Weber.

Todesfälle: Maler Karl Röber, 56 J. 6 M. 25 T. Feuerwehrmann Rudolf Bartusch, 34 J. 9 M. 28 T.

Neuhaldensleben.

Geburt: Eine Tochter, unehel.

Todesfall: S. Luthe geborne Bense, Ehefrau des Privatmanns A. Luthe, 69 J. 6 M. 25 T.

Burg, 11. November.

Aufgebote: Musiker Friedrich Ernst Georg Vogel mit Elisabeth Johanne Emma Meyer. Handschuhmacher Hermann Leudrich mit Anna Charlotte Brecht.

Geburten: S. des Landbriefträgers Friedrich Pfund. S. des Schuhmachers Hermann Herberg. S. des Tischlers Gustav Kinter. T. des Arbeiters Karl Ballhorn. T. des Handschuhmachers Fritz Hoffmann.

Billiger wie überall

Möbel und Betten

auf

Kredit!

als: **Bettstellen u. Matratzen, Schränke, Vertikows, Kommoden, Buffets, Schreibtische, Tische, Stühle, Spiegel** in echt und lackiert

Sofas, Diwans, Garnituren.

Ganze Ausstattungen

in billigen und besseren Genres mit

kleiner Anzahlung und leichtesten Zahlungsbedingungen

nur bei

S. Osswald

Alte Ulrichsstraße 14, I.

gegenüber der Ulrichskirche

Fernsprecher 3549

Bevor Sie

Herren-, Jünglings- oder Knaben-Garderobe kaufen, überzeugen Sie sich von den Vorteilen, die wir Ihnen hinsichtlich Preisen, Qualitäten, Auswahl und Eleganz bieten.

Lehmann & Arndt

1013 **Inh.: Max Schapira**

Neustadt

Breiteweg No. 24

Luisen-Park

Sonntag: TANZ

im festlich dekorierten Saale.

Ergebenst ladet ein [70] **Carl Lankau.**

Franz. Plüschgarnitur	Mk.	120
Taschendiwan 2c. von	„	35—50
Trumeau mit Untersatz	„	45
Kleiderschränke von	„	22—30
Vertikows von	„	25—40
Stegtische, nußb. u. mahag.	„	9—15
Bettstellen mit Matr. v.	„	25—40
100 Stühle z. Aussuchen	„	2—3.50

Diverse Küchenmöbel 2c. billig.
Vermietet gewesen — gut erhalten.

A. Friedländer

Breiteweg 118.

Keine Medizin, keine Wasserkur.

Jedem Kranken, auch als unheilbar erklärte Fälle, empfehle ich mein Naturheilverfahren; dasselbe reinigt den Körper von jedem krankhaft. Stoff, stärkt Blut und Nerven und macht daher das Bestehen jeder Krankheit unmöglich. Das Heilverfahren ist völlig schmerzlos u. sicher. Frau **Glatzel,** Kleine Storchstraße 1, I. 386

Hoffmeister

homöop. Praktikant.

Gründl., dauernd u. schnelle Erfolge erz. ich, selbst bei **für unheilbar gehaltene u. chronische** Lungen-, Kehlkopf-, Magen-, Leber-, Darm-, Hämorrhoidal-, Nieren-, Blasen-, Haut-, Gelenk-, **Nerven- und Knochenleiden,** bei Wassersucht, Skrophulose, Gicht, Rheumatismus, Augen- und Ohren-Erkrankungen, Ausflüsse, Flechten, Geschwüren u. offene Wunden. **Ueberrasch. große Erfolge** bei Geschlechtskrankheiten, Blutstockungen, Syphilis 2c. Keine Berufsstörung. Verbunden mit Hilfsmittel nach dem neuest. Heilverfahr. **Diskrete** Behandl. Magdeburg, **Bismarckstr. 7.** Sprechst. v. früh 8—5 Uhr nachm. und abends von 7—9 Uhr, auch Sonntags. **Schriftl. schnelle Zusendung.** 952

Leih-Haus

Apfelstr. 16, I.

Best. Aufbewahr.-Ort für 984

Fahrräder.

Achtung! Westerhüsen! Achtung!

Den geehrten Einwohnern von **Westerhüsen** und **Salbke** zur Nachricht, daß ich in meinem **Materialwaren-Geschäft** das

Rabatt-System

eingeführt habe und auf alle von mir entnommenen Waren

5 Prozent Rabatt

gebe. Indem ich alle Freunde und Bekannten bitte, mich in meinem Unternehmen zu unterstützen, zeichne Hochachtend

1141 **Rudolph Koch.**

Zwei grosse öffentl. Versammlungen

aller bei der Binnenschiffahrt beschäftigten Boots- und Steuerleute, sowie auch sämtlicher Elb-, Hafen- und Speichereiarbeiter

am Montag, den 18. November, abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Fr. Wegener, Kl. Stadtmarsch.

Tages-Ordnung: 1170

Der wirtschaftliche Klassenkampf und seine kulturelle Bedeutung.
Referent: Kollege **Karl Görlitz** aus Berlin.

Am Dienstag, den 19. November, abends 8 Uhr in der „Krone", Alte Neustadt, Moldenstr. 43/45.

Tages-Ordnung:

Eine Wanderung durch die Abgründe der kapitalistischen Gesellschaft.
Referent: Kollege **Karl Görlitz** aus Berlin.

Alle Arbeiter, welche die Sache der Hafenarbeiter unterstützen wollen, mögen in diesen Versammlungen erscheinen. Diese Bitte richten wir besonders an die Freunde der Arbeitersache in der Alten Neustadt.

Den Mitgliedern des Verbandes teilen wir gleichzeitig mit, daß unsere Mitglieder-Versammlung am Sonnabend zu Gunsten der beiden öffentlichen Versammlungen ausfällt. Mögen unsere Kollegen recht rege für den Besuch der beiden Versammlungen agitieren.

1138 **Schuhleisten!**

Bis Ende Dezember verkaufe:
Herrenkeilleisten Paar **70** Pf.
Damen „ Paar **65**, St. **30** Pf.
Mädchen 25 Pf., **Kinder 20** Pf.

Förster, Lederhandlung Lödischehofst. 9

Schreibhefte

in allen Liniaturen, Stck. 6 Pfg. wieder vorrätig.

Bazar Magdeburg

Jakobs- u. Petersstr.-Ecke
Filialen: **Buckau, Thiemstr. 1**
Wilhelmstadt, Annastr. 8.

Arbeiter-Notiz-Kalender 1902

Mit mehreren Illustrationen u. A.: Entwurf von

Liebknechts Grab-Denkmal.

Geb. 60 Pfg., Porto 10 Pfg.

Inhalts-Auszug.

Die neuen Gesetze betr. Soldaten-Unfallfürsorge und [illegible]
Versor[illegible]
Stnge[illegible]
nisse m. [illegible]
1901. [illegible]
Result[illegible]
Städte. [illegible] Einwohner. — Französische Arbeiterführer mit Porträts von Guesde, Jaurès, Millerand, Vaillant. — Militärlasten-Steigerung seit 94. — Wissenswerthes über Reichstag und Bundesrath. — Tuberkulose-Merkblatt.

Gewerkschaftliche Artikel, z. B.:
Deutsche Streikstatistik 1890—1900.
Deutsche Gewerkschaftserfolge.
Was können die Gewerkschaften?
Adressen der Gewerkschafts-Organisationen, Gewerbe-Inspektoren, Arbeitersekretariate.
Neue Arbeiterschutzbestimmungen.
Prakt. Winke für Arbeitsverhältniß.

gestalten diesmal den Kalender für

Gewerkschaften und Partei

zu einem besonders praktischen und

agitatorischen Nachschlagebuch.

Durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW., Beuthstr. 2.

Großer

Möbel-Verkauf!

so lange der Vorrat reicht

Nußb. Muschel-Kleiderschränke	Mk. 55
Nußb. Muschel-Vertikow	Mk. 55
Große Trumeaus	„ 55
Pfeilerspiegel von 7 Mk. an.	
Stühle 3 Mk	

Schreibtische, Buffets, Küchenmöbel, Bettstellen mit Matr. spottbillig.

Ueberzeugung macht wahr!
Nur bei 1163

M. Kelling

Schrotdorferstraße 1a.

Die

billige Schuhwaren-Halle

Auguste Wienecke

befindet sich

13 Dorotheenstr. BUCKAU Dorotheenstr. 13

1137 im Hause des

Herrn Fleischermeisters **Hermann.**

Spar-Rabattmarken-Ausgabe.

Achtung! Neustadt. Achtung!

Oeffentl. Versammlung

der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter

am Sonnabend, den 16. Novbr., abends 8½ Uhr im „Weißen Hirsch" (kleiner Saal), Friedrichsplatz.

Tages-Ordnung:

1. Welche Vorteile bietet den Berufskollegen die Organisation, speciell in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges.
   Referent: Kollege **Ferdinand Bender.**
2. Diskussion. L?

Das Erscheinen aller Berufskollegen ist unbedingt erforderlich.

Der Einberufer.

Ein kleines **Materialwaren-geschäft** mit Schnapsausschank ist billig zu verkaufen. Miete billig. Wo? sagt die Exped. d. Blattes.

Gänsepökelfleisch

bei 849

Weinberg, Himmelreichstraße 12.

Cirkus-Variété.

Direktion: Franz Schmidt.

Eröffnungsvorstellung

Sonnabend, den 16. November abends 8 Uhr

Weltstädtisches Programm!

10 erstklassige Nummern
20 wirkende Künstler

Kapellmeister: **Hermann Krellwitz**

Preise der Plätze excl. Billetsteuer:

Fremden-Loge	Mk. 3.00	1. Platz	Mk. 0.70
Mittel-Loge	Mk. 2.00	2. Platz	Mk. 0.50
Tribüne	Mk. 1.40	Galerie	Mk. 0.25

Saalplatz Mk. 1.00. Im Vorverkauf 10 Karten Mk. 8.00.

Jeden Donnerstag: Elite-Vorstellung

in welcher das Rauchen erst nach der 2. Pause gestattet ist.

Anfang 7½ Uhr.

Kaninchen-Weibchen

à Stück 40 ₰, kauft

Kersten, Neustadt

Wolmirstedterstr. 10.

Empfehle täglich frisch:

Wilde Kaninchen
Hasengekröse
Hirschfleisch

699 (pfundweise)

in größter Auswahl.

E. Wieprecht

Alter Markt (Schwibbogen-Ecke).

Tüchtige **Zwickerin** sucht [382

A. Rosenburg, Ankerstraße 1.

Frdl. Logis Gr. Steinernetischstr. 5, I.

Frdl. Logis Kaiserstr. 58, H. r. p. I.

Brennholz à Fuhre 18 Mk., à Kiepe v. 30 Pf. an, **Schmok** zu Tagespr. **Karl Buchholz,** Poeötzerstr. 43/45.

Ein junger, starker, zugfester **Esel** billig zu verkaufen bei **H. Böhme,** Bäckermstr., Salbke.

Konkursmassen-Ausverkauf

zu

nie wiederkehrenden Preisen.

50 Betten

komplett und einzeln.

Gute Bettfedern

Halbdaunen und Daunen

fertige Inletts

und Stoff zu Betten

sowie **zurückgesetzte Betten und einzelne Teile** zu enorm billigen Preisen, da schleunigst geräumt werden muß!

Taxpreise!

Rosenberg'sche Konkursmasse

8 Katharinenstr. 8.

Johanne Holschumacher-Bartholomäus 914

Zahnkünstlerin.

Sprechst. f. Unbem. 9—10 Uhr vorm.

Schrotdorferstraße 1.

Walhalla-Theater.

Direktion: Wilh. Kruse.

Nur noch heute!!!

... Sensationelles ...

Monstre-Programm.

Größtes Aufsehen erregt

Herr William Schüff

Klavierhumorist und Improvisator!

Im Parterre-Saal:

Konzert der I. Rumänischen Nationalkapelle.

Vorzügliche Musik. Brillante Leistungen.

Allabendlich. — Entree frei.

Stadt-Theater.

Freitag, den 15. November 1901.

Mignon.

Große Oper in 4 Aufzügen.
Musik von Ambroise Thomas.

ihren Arbeitern ein Gleiches zu gewähren. Sodann: die Errichtung einer Ruhelohnberechtigung und Hinterbliebenen-Versorgung für ständige Arbeiter in staatlichen Betrieben. Eine solche giebt es in Bremen noch nicht. Ferner wird die Errichtung einer Arbeiterkammer für das Bremische Staatsgebiet, bestehend aus einem vom Senat zu ernennenden Sekretär und 12 durch allgemeines Arbeiterstimmrecht zu erwählenden Vertretern, beantragt. Endlich gilt der letzte Antrag der Vornahme von staatlichen Arbeiten zur Abwendung des Notstandes. Mit einer gewissen Spannung sieht man darauf, ob die Bürgerschaft sich jetzt derartigem Vorgehen oder wenigstens einem Teil der Vorschläge geneigter verhalten wird als früher. —

Altenburg, 13. November. Wie die „Altenburger Landesztg." meldet, siegte bei der gestern im 4. ländlichen Wahlkreise abgehaltenen Landtagsersatzwahl der Sozialdemokrat Schüler mit circa 80 Stimmen Mehrheit über die beiden Kandidaten der Ordnungsparteien. —

Ausland.

Frankreich.

Zum Generalstreik der Bergleute.

ac. Die Situation ist noch immer ziemlich die gleiche. Der Generalsekretär Cotte hat noch immer das definitive Wort nicht ausgesprochen; im Gegenteil hat er sich einen weiteren Aufschub ausbedungen. In einer Versammlung der Bergleute von St. Etienne sagte er, er werde den Mut haben, dem Druck der ungeduldigen, zum Teil aber ebenso unwissenden Masse zu widerstehen. Er lasse sich nicht drängen, den Generalstreik zu erklären, bis er nicht nochmals Rücksprache genommen habe mit seinen Kollegen vom Komitee. Da die Kommission für Arbeitergesetzgebung das Nationalkomitee der Bergleute zur Vernehmung nach Paris gebeten hat, so werden jedenfalls dort die endgültigen Beschlüsse über den Beginn des Generalstreiks gefaßt werden. — Der Abgeordnete Basly ist beim Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau gewesen, um ihn um Zurückziehung der Truppen aus den Kohlengebieten zu ersuchen. Waldeck-Rousseau hat geantwortet, daß die Vorkommnisse in einigen Orten ihn veranlaßt hätten, die Truppen zu konsignieren. Diese hätten aber Auftrag, nur bei Ruhestörungen einzugreifen, bei vollständiger Aufrechterhaltung des Rechts des Streiks die Freiheit der Arbeit zu schützen. — Im übrigen herrscht in allen Teilen des Landes, auch in St. Etienne, vollkommene Ruhe: am Montag sind die Bergleute noch überall bis auf wenige Ausnahmen eingefahren. —

Oesterreich-Ungarn.

Das Abgeordnetenhaus

gelangte heute unvermutet zu einer großen und bedeutsamen Debatte. In der Verhandlung des Dringlichkeitsantrages des Abgeordneten Romanczuk auf Untersuchung der bei den letzten Wahlen in Galizien verübten Wahlmißbräuche ergriff auch der Abgeordnete Daszynski das Wort, und so ging über die Schlachta ein blutiges Strafgericht nieder. Daszynski hat im Abgeordnetenhause über sein Heimatland schon oft gesprochen, aber mit so hinreißendem Temperament, so durchtränkt von grimmiger Empörung über die Blutsauger und Bedrücker des armen Volkes in Galizien hat er selten geredet. Er sprach volle zwei Stunden, und kein Augenblick der Ermüdung befiel den Redner und, was noch mehr sagen will, die Zuhörer. —

Belgien.

Eine große politische Kundgebung

veranstalten die Sozialisten für nächsten Sonntag anläßlich der Beerdigung ihres alten Führers Defuisseaux in den Hennegauer Kohlenbezirken. —

Kleine politische Nachrichten. Wegen des beabsichtigten Verkaufs des Zolltarifentwurfs an den Journalisten Dr. Hamburger sitzt ein Kanzleidiener in Untersuchungshaft. Dr. Hamburger hält sich in London auf. Die Staatsanwaltschaft bemühte sich um Auslieferung des Dr. Hamburger, jedoch erfolglos, da England nur wegen Handlungen ausliefert, die auch nach dortigem Recht als Verbrechen angesehen werden, und der Beamtenbestechung in England keine Strafbarkeit beigelegt werden soll. Es soll deshalb die Anklage auf Betrug ausgedehnt werden. — Eine Partei fast ausschließlich von Geistlichen und Lehrern sind die Nationalsozialen. Zu ihrem Meeting in Frankfurt waren ausweislich des parteiamtlichen Protokolls 115 Vertreter abgeordnet, darunter nicht weniger als 56 Geistliche, Lehrer und Redakteure. Dazu gesellten sich 7 Aerzte und Juristen, 6 Buchhändler und Druckereibesitzer und 13 Beamte. Was da für die andern Berufsarten übrig blieb, läßt sich an den Fingern herzählen. — Die Nr. 34 des „Simplicissimus", die sich in einem „Serenissimus" betitelten Bilde mit den Vorgängen im Fürstentum Reuß ä. L. beschäftigt, ist beschlagnahmt worden. — Die belgische Repräsentantenkammer wählte an Stelle des bisherigen Präsidenten De Sadeleed, welcher sein Amt niedergelegt hat, den Vicepräsidenten Schollaert mit 65 Stimmen der Rechten zum Präsidenten. Die Linke gab 44 weiße Zettel ab. — Infolge der von Chamberlain gegen die Armeen Deutschlands, Oesterreichs, Frankreichs und Rußlands ausgestoßenen Beleidigungen treffen täglich Hunderte von Briefen und Postkarten, meist mit entsprechenden bildlichen Darstellungen an Chamberlain aus diesen Ländern ein, welche anfangs sofort vernichtet wurden. Jetzt sind jedoch die Postämter angewiesen, alle an Chamberlain gerichteten Karten beleidigenden Inhalts an ein bestimmtes Polizeiamt in London abzuliefern, wo sie gesammelt werden sollen, um dann später als Beitrag zur „Geschichte des Niederganges der außerbritischen Civilisation" verwandt zu werden. — Aus dem Haag wird der „Voss. Ztg." gemeldet: Die Königin der Niederlande ist am 10. November vorzeitig entbunden worden. — Der Polizeispitzel Normann-Schumann, der wegen Majestätsbeleidigung verfolgt worden ist, hat sich, wie dem „Vorwärts" geschrieben wird, im Laufe des letzten Jahres wiederholt in Berlin aufgehalten. Normann-Schumann selber rühmte sich, daß er sich in Berlin ohne Scheu bewege. —

Aus der Parteibewegung.

Protest gegen den Hungerzoll. Im Wahlkreise Teltow-Beeskow-Charlottenburg wurden **100 724** Unterschriften auf unsere Petition gegeben. Der Kreis Wanzleben gab **7706** Unterschriften, Göttingen **6525**, der 4. hannoversche (Osnabrück) **8180** bei 3429 Wahlstimmen im Jahre 1898, Kassel-Melsungen **10 714** bei 5657 Wahlstimmen, Burglau **3140**. Aus Essen sind bis jetzt **10 031** Unterschriften gezählt. Ein besonders bemerkenswertes Resultat ergab die Sammlung im 2. sächsischen Reichstagswahlkreise. Dieser Kreis gab 1898 nur 5745 Wahlstimmen für uns ab; unsere Petition unterzeichneten **15 500** Personen. Im 3. sächsischen Kreise wurden **7191** Unterschriften gegeben, im 14. sächsischen **8340**, im 17. sächsischen **24 727**, im 22. sächsischen **22 061**. Im 4. hessischen Kreise (Darmstadt) unterzeichneten **14 398** Personen, im 1. weimarischen **10 331**, im 2. anhaltischen **14 135**.

Die bisherigen Zusammenstellungen machen natürlich nicht den geringsten Anspruch auf Vollständigkeit, da es vielfach nur vorläufige Resultate sind, die noch fortwährend ergänzt werden. So hatten wir aus dem Herzogtum Altenburg von 20 000 Unterschriften berichtet; nach genauer Zählung ergiebt sich jetzt, daß 28 438 Unterschriften abgegeben wurden, also reichlich doppelt so viel, als wir 1898 Wahlstimmen hatten. Auch aus Mecklenburg werden noch 1800 Unterschriften nachgetragen. Wir zählen danach in vorläufiger Zusammenstellung aus 93 Reichstags-Wahlkreisen mit rund 950 000 Stimmen **1 675 000** Unterschriften.

Die Stadt Berlin wird voraussichtlich mindestens **eine halbe Million** Unterschriften abgeben; das bedeutet ein sehr starkes Viertel der Einwohnerschaft. —

Gemeindewahlen. Bei den Stadtverordneten-Wahlen in Delitzsch wurde unsere Liste glatt gewählt. Es waren 3 Mandate in der dritten Klasse zu besetzen, alle drei fielen uns zu. Wir haben nunmehr 5 von den 8 Mandaten der dritten Klasse. Die letzten drei hoffen unsere Genossen auch bald noch zu erobern.

Bei der Gemeinde-Ausschußwahl in Hemelingen wurde in der 6. Wählerklasse unser Kandidat gewählt, so daß wir die bisherigen 3 Sitze dieser Klasse behalten.

In Krefeld beteiligten sich unsere Genossen zum erstenmal an der Wahl. Sie brachten es unter den ungünstigsten Umständen auf 970 Stimmen gegen 3250 ultramontane, 1470 nationalliberale und 670 Mittelstandsstimmen.

In Wernigerode wurde ein Parteigenosse als Stadtverordneter gewählt, einer kommt in die Stichwahl und ein dritter unterlag.

In Spandau wurden gewählt: die Genossen Alb. Neue mit 1013 Stimmen, Schellenberg mit 994 Stimmen, Staar mit 998 Stimmen und Wehe mit 1013 Stimmen. Die Gegner vereinigten auf ihre Kandidaten 899—912 Stimmen.

In Görlitz machten unsere Parteigenossen, die sich heuer zum zweitenmal an den Stadtverordnetenwahlen beteiligten, recht erhebliche Fortschritte. Während im Südbezirke unsere beiden Kandidaten mit 478 und 486 Stimmen gegen 496 und 498 freisinnige Stimmen in der Minderheit blieben, kommt im Nordbezirke ein Parteigenosse mit einem Freisinnigen in die Stichwahl.

In Groitzsch bei Leipzig wurden in der dritten Klasse unsere beiden Kandidaten gewählt.

In Höhscheid wurde in der dritten Klasse ein Parteigenosse gewählt, während unser zweiter Kandidat um eine Stimme hinter dem Gegner zurückblieb.

In Forst errangen unsere Parteigenossen bei den Stadtverordnetenwahlen einen glänzenden Sieg. Während die vereinigten Gegner 771 Stimmen aufbrachten, erzielt unsere Liste 1001 Stimmen. Es wurden 5 Parteigenossen gewählt, so daß wir jetzt 11 Vertreter im Stadtverordnetenkollegium haben. —

Zur Wahlbewegung im Kreise Wittenberg-Schweinitz. In der letzten Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Wittenberg nahm man Stellung zur Reichstagsersatzwahl. Es wurde ein Wahlkomitee gebildet, das aber dem geschäftsführenden Vorstande des Sozialdemokratischen Vereins in Wittenberg untersteht. Als Kandidat wurde einstimmig wieder der bisherige Kandidat Genosse Hermann Rohrlack aus Stettin aufgestellt. Es liegt nun an den Parteigenossen, demselben zum Siege zu verhelfen. Für uns steht die Wahl in allen Punkten günstig — jeder einzelne muß mithelfen. Thut jeder Genosse seine Pflicht, so müssen wir unbedingt in die Stichwahl kommen. —

Wie das Volk urteilt. Der Genosse Krise in Elbing hatte das Unglück, wegen angeblicher Verleitung zum Meineid, deren er sich in seiner gewerkschaftlichen Thätigkeit schuldig gemacht haben soll, zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt zu werden. Am vorigen Sonntag hatte er seine Zeit verbüßt. Zu seinem Empfange hatten sich viele Hunderte von Parteigenossen auf dem Bahnhofe eingefunden. Das Gewerkschaftskartell hatte ihm zu Ehren eine Feier veranstaltet. Mehrere Redner erklärten, daß Krise in den Augen seiner Mitkämpfer derselbe Ehrenmann sei wie früher. Krise beteuerte, daß er unschuldig gelitten habe und nach wie vor seine Pflicht thun werde. —

Totenliste der Partei. Die Leipziger Parteigenossen erlitten abermals einen schweren Verlust durch den Tod des Genossen Gustav Bierling in Stötteritz. Der Verstorbene hat schon in den frühesten Zeiten für die Partei gewirkt und ist bis an sein Lebensende ein fleißiger Agitator gewesen.

Die Parteigenossen in Goldberg (Schlesien) verloren einen tüchtigen Mitstreiter durch den Tod des Genossen Reinhold Schneider, der als Cigarrenarbeiter der Proletarierkrankheit erlag.

Genosse Karl Fleischer, der Moser genannt, einer der ältesten Parteigenossen des 13. sächsischen Wahlkreises, ist in Kleinzschocher im Alter von 69 Jahren gestorben.

Die „Wiener Arbeiter-Zeitung", die erst vor kurzem den Tod ihres Administrators Stern zu beklagen hatte, erlitt abermals einen schweren Verlust durch den Tod ihres alten Expedienten Karl Bradl. Vor noch nicht ganz zweieinhalb Jahren hatte er sein vierzigjähriges Berufsjubiläum gefeiert. —

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Steinarbeiter. In Bayreuth drohen Differenzen auszubrechen. —

Der Vorstand des Scherenfabrikantenvereins Solingen versendet an seine Mitglieder eine Liste, enthaltend die Namen von Scherenschleifern, die angeblich bei Mitgliedern des Scherenfabrikantenvereins streiken, mit dem Bemerken, daß die angeführten Scherenschleifer bis auf weiteres nicht mehr von den Mitgliedern des Fabrikantenvereins beschäftigt werden dürften. Ein günstiger Wind hat unserem Solinger Parteiblatt ein Exemplar dieser Liste auf den Redaktionstisch geweht. — Ob unser Parteiblatt gerade geschickt gehandelt hat, wenn es seine Kenntnis von dem Inhalt der Liste durch den Abdruck aller in derselben vorgesehenen Namen (!) beweist, bemerkt der „Vorwärts", wollen wir allerdings lieber unerörtert lassen. —

Unternehmer-Terrorismus. Der Verband der Holzindustriellen in trauter Gemeinschaft mit der Tischler-Zwangsinnung in Leipzig hat bekanntlich beschlossen, die zur Zeit noch ausständigen Arbeiter der Betriebe W. Schlobach in L.-Gohlis und Müller in Leipzig, Alexanderstraße, ein halbes Jahr lang aus den Werkstätten der beiden Unternehmer-Organisationen auszusperren. In einem Falle hat man, wie die „Leipz. Volksztg." mitteilt, einen bereits angenommenen Arbeiter wieder entlassen unter ausdrücklicher Berufung auf den oben angeführten Beschluß. Einem andern Arbeitsuchenden ist mitgeteilt worden, man könne ihn nicht einstellen, weil der Unternehmer sonst 1000 Mark Konventionalstrafe zahlen müsse. Uebrigens herrscht bei der Firma Schlobach entgegen den Behauptungen, daß alle Plätze besetzt seien, noch immer Arbeitermangel. So hat man in den letzten Tagen erst wieder zwei Tischler eingestellt und ihnen den horrenden Lohn von 30 bezw. 32 Pf. pro Stunde versprochen, obgleich es sich um ältere Arbeiter handelte. Wenn weiter die Firma in ihren Engagementsschreiben die Bedingung stellt, daß nur Nichtverbandsmitglieder angenommen werden, so beweist die Firma Schlobach damit nur das, was längst schon in Böhlitz-Ehrenberg von ihr bekannt war. Die lieben, so besonders geschützten Arbeitswilligen sind aber doch nicht die tüchtigen Arbeitskräfte, so daß man vorgestern bereits einen Maschinenarbeiter wieder entlassen hat. —

Letzte Nachrichten.

(„Herold", Depeschen-Bureau.)

Berlin, 14. November. Ueber die Stimmenmehrheit, mit welcher der Zolltarif im Bundesrat angenommen worden, gehen die zudem sehr unsicheren Angaben auseinander. Es unterliegt aber, der „National-Zeitung" zufolge, keinem Zweifel, daß die Minderheit eine sehr kleine war. —

Frankfurt, 14 November. Die „Frankf. Zeitung" meldet aus Darmstadt: In den Kreisen, die über die Situation am hiesigen Hofe orientiert sind, verhält man sich in seinen Aeußerungen über das jetzige und zukünftige Verhältnis des Großherzogspaares sehr reserviert und lehnt eine Bestätigung oder ein Dementi der Meldungen verschiedener Blätter über eine bevorstehende Ehescheidung ab. Eine definitive Entscheidung bezüglich der Ehescheidungsfrage ist erst zu erwarten, wenn Prinz Heinrich dem Kaiser mündlich über die hiesige Situation berichtet haben dürfte. Leute, die den Großherzog näher kennen, halten es indes für nahezu ausgeschlossen, daß er von den Schritten, die er hinsichtlich seiner privaten Verhältnisse einmal gefaßt hat, durch irgend einen Einfluß, und komme er selbst von geschätztester Seite, abgebracht werden könne. In der Bevölkerung ist man der Ansicht, daß die Interessen der Dynastie durch eine unwiderrufliche definitive Regelung am besten wahrgenommen wurden. —

Wien, 14. November. Die zwischen den österreichischen und ungarischen Ministerpräsidenten geführten Konferenzen haben zu günstigen Resultaten geführt, so daß mit der zweiten Lesung des autonomen Zolltarifes in der nächsten Woche bereits in Budapest begonnen werden kann. —

Athen, 14. November. Wie die Blätter melden, ist es dem Prinzen Georg gelungen, daß die internationalen Truppen auf Kreta durch griechische ersetzt werden. —

New-York, 14. November. Wie mit Bestimmtheit verlautet, werde die Union eine energische Aktion gegen Bulgarien ins Werk setzen, im Falle daß die Unterhandlungen wegen der Freilassung der Missionarin Ellen Stone zu keinem Ergebnisse führen sollten. —

Berlin, 14. November. Das „Berl. Tagebl." meldet aus New-York: Die Kanalkommission wird die Mi[illegible] route vorschlagen, weil diese billiger, für de[illegible] zwischen New-York und San Francisco um 2[illegible] kürzer und auch durch keine bestehenden Verträge beengt ist. Präsident Roosevelt drängt auf eine Entschließung, weil seine Botschaft die gesamte Kanalpolitik umfassen soll. —

Zum Kriege in Südafrika.

London, 14. November. Brodrick hielt gestern abend im konservativen Klub eine Rede, worin er erklärte, die Lage in Südafrika sei nicht schlecht. Er legte dar, daß seit Errichtung der Blockhäuser keine Entgleisungen mehr vorgekommen seien. Die Anzahl der von Kitchener heimgeschickten Yeomanrys sei nicht so groß, wie man annehme. Zwei Regimenter Kavallerie und vier Regimenter Infanterie würden demnächst nach Südafrika gehen. Endlich erklärte Brodrick, die lange Dauer des Krieges sei lediglich der allzu nachsichtigen Behandlung (wer lacht da? Red.) der Rebellen zuzuschreiben. —

London, 14. November. Zur Rede Brodricks melden die Blätter: Dieselbe eröffnet den Ausblick, daß der Krieg binnen kurzem beendet wird. (??) — Aus Brüssel wird gemeldet: Wenn das Haager Schiedsgericht sich weigere, den Buren-Antrag, betreffend Einsetzung eines Schiedgerichts, zu erwägen, werde Krüger ein Schreiben an die Kaiser von Deutschland, Rußland und Oesterreich richten, um dieselben um ihre Intervention zu ersuchen. — Wie „Daily Telegraph" meldet, werde Präsident Krüger, falls das Schiedsgericht den Buren-Antrag ablehne, einen Aufruf an die Großmächte richten, um einen Waffenstillstand zu erlangen, der ihm gestatten würde, mit England wegen der Friedensbedingungen zu unterhandeln. — Die Buren bemächtigten sich bei Bovendaal eines englischen Wagenpartes; sie nahmen sechs mit Proviant und Munition beladene Wagen mit sich und verbrannten die übrigen. Die Engländer verloren 14 Mann, darunter zwei Offiziere. —

Wien, 14. November. Die ungünstigen Gerüchte über das Befinden des im Irrenhause befindlichen **Komponisten Hugo Wolff** sind unbegründet. —

Preßburg, 14. November. Bei der Station Sillein stieß **ein Lastzug mit einem Rangierzug zusammen.** Viele Wagen wurden zertrümmert. Das Zugpersonal ist anscheinend **leicht verletzt.**

Paris, 14. November. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme".) Heute fand eine **zweite Sitzung der Führer der Bergarbeiter** in Dover statt, indem die gestrige Unterredung mit der parlamentarischen Kommission bis 6 Uhr abends betr. den Achtstundentag zu keinem Beschluß geführt hatte. Je zwei französische, belgische und englische Delegierte werden die Frage erörtern, ob die belgischen und englischen Bergarbeiter sich mit den französischen solidarisch erklären sollen. —

Paris, 14. November. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme".) Aus Rio de Janeiro wird gemeldet: Der brasilianische Kongreß hat dem **Luftschiffer Santos Dumont** 125 000 Frank überwiesen als Belohnung für die der Wissenschaft geleisteten Dienste. —

Brest, 14. November. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme".) **Die Professoren der hiesigen Banten- und Handelsschule** haben wegen Ueberbürdung ihr Amt niedergelegt. Die Schüler haben sich mit ihren Lehrern solidarisch erklärt und sind mit ihnen in den Streik getreten. —

Calais, 14. November. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme".) Im **Aermelkanal** herrscht seit gestern ein **großes Unwetter.** Aus den Hafenorten werden viele Unglücksfälle gemeldet. Mehrere belgische Fischerboote werden vermißt. Die Zahl der Verunglückten und Ertrunkenen beträgt bis jetzt 18. —

ziere und der ihnen nahestehenden Kreise sein, die ihm seine mutigen Worte sehr verargen und sie ihm auch bei passender Gelegenheit anstreichen werden. Auch von seinen geistlichen Brüdern werden nur wenige den Mut haben, zu ihm zu stehen. So hat sich zum Beispiel eine in Salzwedel stattgefundene Diözesan-Konferenz wohl mit allem Aufgebot von entrüstetem Pathos gegen die Chamberlainschen Schmähungen gewandt; über den krassen Verstoß gegen die von ihnen gepredigte Lehre Gottes jedoch wie er in Insterburg zu Tage getreten ist, haben die Edlen kein Wörtlein verloren. Chamberlain ist freilich weit fort, der Kriegsminister und sein Kollege vom Kultus jedoch sind nahe. —

Deutschland.

Berlin, 15. November. Die Mitteilung vom Rücktritt Freges vom Posten des Reichstags-Vicepräsidenten hält die „Schlesische Zeitung" aufrecht. Auch bleibe es dabei, daß Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode sein Nachfolger werden solle. —

— Gegen den ganzen Zolltarifentwurf sowie gegen die Festlegung von Mindestzöllen für die Hauptgetreidearten sollen nach einem Berliner Lokalblatt nur die drei Hansestädte und der Vertreter von Koburg-Gotha gestimmt haben. —

— Genosse Dr. Karl Liebknecht, der bei der letzten Stadtverordnetenwahl zweimal gewählt worden ist, hat dem Magistrat angezeigt, daß er die Wahl für den 45. Bezirk (Moabit), dritte Abteilung, annimmt. In dem anderen, 32. Wahlbezirk, bisher durch den Genossen Glocke vertreten, muß ein Hausbesitzer gewählt werden. Die Wahl dürfte Anfang Dezember stattfinden. —

— **Der Reichsdalles** bringt die Minister der Einzelstaaten in immer größere Schwulitäten. Schon wieder haben „unverbindliche Besprechungen" darüber stattgefunden. Zum Abschluß sind die bezüglichen Beratungen nicht gekommen. Immerhin machte sich die Ueberzeugung sehr stark geltend, daß insbesondere die finanzielle Lage der kleineren Staaten eine zu große Inanspruchnahme ihrer Kraft durch höhere Matrikularbeiträge nicht angezeigt erscheinen lasse. Wahrscheinlich wird infolgedessen bei den Beratungen der Einzeletats in den Bundesrats-Ausschüssen das möglichste versucht werden, um eine Herabminderung des sogenannten Reichsfehlbetrages zu erreichen. Die Beratungen der Einzeletats in den Bundesrats-Ausschüssen werden in den nächsten Tagen beginnen.

Auch die Thronrede, die bei der gestern stattgehabten Eröffnung des — nunmehr sozialistenreinen — sächsischen Landtags verlesen wurde, wimmert über den „außerordentlichen Druck, den die zunehmend ungünstigere Gestaltung der Finanzlage des Reiches auf die Etats der Bundesstaaten ausübe" und [illegible] die „Erschließung neuer eigener Ein- [illegible] in Aussicht. — Nur zu! Wir empfehlen [illegible] ine Reichseinkommen- und eine Reichs-

— **Eine neue Taktik der polnischen Reichstagsfraktion** hat der Reichstagsabgeordnete Dr. von Dziembowski in einem Gespräche mit einem Interviewer des Petersburger „Kraj" in Aussicht gestellt: „Die polnische Opposition, zu der die Fraktion gedrängt werde, müsse energisch und standhaft durchgeführt werden. Von der bloßen Abwehr solle zur Angriffspolitik übergegangen werden. Bei der Budgetdebatte müsse die polnische Frage auf breitester Grundlage erörtert und durch Verständigung mit befreundeten Parteien mindestens ein Tag der Polendebatte gewidmet werden. Mit anderen Parteien, welche die polnische Politik der Regierung gleichfalls mißbilligen, solle Fühlung gesucht und den Rednern der verschiedenen Fraktionen reichliches Beschwerdematerial zur Verfügung gestellt werden. Ueber den polnisch-provinziellen und -nationalen Gesichtspunkt müsse die Fraktion hinauskommen." — Die Polen scheinen auf die Unterstützung durch die Sozialdemokraten zu rechnen; in manchen Fällen gewiß nicht mit Unrecht. —

Barmen, 14. November. Die soeben geschlossene Stadtratswahl der dritten Abteilung endete mit der Stichwahl zwischen den 4 Kandidaten der christlich-sozialen und den 4 Kandidaten der sozialdemokratischen Partei. Für die Kandidaten der Sozialdemokraten waren insgesamt 12 870 Stimmen abgegeben. —

Jena, 14. November. („Frkf. Ztg.") Der Gemeinderat nahm in der gestrigen Sitzung mit Zweidrittel-Majorität einen Antrag an, für die Eisenbahn Eisenberg—Bürgel—Porstendorf—Jena eine Summe von 30 000 Mark zu bewilligen, wenn Preußen die bestimmte Zusicherung giebt, täglich wenigstens einige Züge in Jena ein- und ausmünden zu lassen und in der ganzen Richtung durchzuführen. —

Ausland.

England.

Rosebery redet sich in die Höhe. — Der Marineminister redet auch.

Lord Rosebery hielt gestern abend eine Rede, worin er die allgemeine Gleichgültigkeit und Ohnmacht der verantwortlichen Führer der Nation beklagt. Die Parteien müßten ihre Streitigkeiten gelegentlich vergessen. Er befürwortete die Bildung eines Kabinetts, welches mehr aus Geschäftsleuten als aus Politikern zusammengesetzt wäre. —

Der erste Lord der Admiralität hielt in Leeds eine Rede, worin er den Krieg als eine der schwersten Prüfungen darstellte, welche von Zeit zu Zeit die Nationen heimsuchen, die ihren Pflichten nachkommen. Der Krieg muß mit aller Kraft bis zu einem befriedigenden Ende durchgeführt werden. Zum Schluß versicherte er, die Marine sei imstande, allen Eventualitäten zu trotzen. —

Oesterreich-Ungarn.

Der Kaiser ist betrübt.

Der „Voss. Ztg." wird aus Wien telegraphiert: Als sich gestern der deutsche Vicepräsident des Abgeordnetenhauses in dieser Eigenschaft dem Kaiser vorstellte, äußerte Franz Josef seine Betrübnis darüber, daß die Parteigegensätze im Parlament sich wieder so verschärft haben und daß sich der Beratung des Budgets solche Hindernisse entgegentürmen. Heute sei man sich doch auf allen Seiten klar, daß ohne Aenderung der Geschäftsordnung eine dauernde Gesundung des Parlaments nicht möglich sei, und doch erfolge von keiner Seite eine Anregung in diesem Sinne. Schließlich drückte der Kaiser die Hoffnung aus, daß bei entsprechender Geduld von allen Seiten die parlamentarischen Beratungen doch zu gedeihlichem Ende führen werden. —

Frankreich.

Ein mutiger Lehrer.

Der Lehrer der Geschichte am Gymnasium zu Sens, Hervee, hatte im „Pioupiou de Lyonne" unter dem bezeichnenden Decknamen „Der vaterlandslose Heerfeindliche" Aufsätze veröffentlicht, die seine Entfernung aus dem Lehramte nach sich zogen. Außerdem erhob der Kriegsminister wegen Beleidigung des Heeres die Preßklage gegen ihn, über die gestern von den Geschworenen der Yonne verhandelt wurde. Abgeordneter Birnet, Bürgermeister von Sens, und Abgeordneter Gallot sowie der Sorbonne-Professor Lapique und fünf Gymnasiallehrer verteidigten Hervee, der selbst mit Stolz für seine Anschauungen eintrat, die gegenwärtige Jugenderziehung, die den Haß der fremden Völker und die nationale Selbstüberhebung lehre, hart tadelte, die von Europa ungerecht angegriffenen Chinesen, die sich rechtschaffen verteidigten, als Helden pries und mit den Worten schloß: „Wenn ich freigesprochen werde, so werde ich sofort wieder anfangen und nicht ruhen, bis das stehende Angriffsheer durch eine Landesverteidigungsmiliz ersetzt ist". Er wurde thatsächlich mit sechs gegen sechs Stimmen freigesprochen. — Bravo! —

Schweiz.

Großratswahlen in Genf.

Die Einigung und die kräftigen Anstrengungen unsrer Genossen zur Erringung eines befriedigenden Erfolges sind leider nicht gebührend belohnt worden und sie können nur allenfalls darin einen Trost erblicken, daß es der liberal-konservativen Millionenpartei, die mit allen Mitteln den Sturz des radikal-sozialdemokratischen Regimes erstrebte, nicht besser ergangen ist. Es ist nämlich alles beim alten geblieben, so daß der neue Große Rat wiederum wie der verflossene besteht aus 45 Radikalen, 7 Sozialdemokraten (nicht 10, wie irrtümlich berichtet worden), aus 29 (28) „Demokraten", daß heißt Liberalkonservativen, 4 (5) „Nationalen", 13 (14) „Unabhängigen", d. h. Ultramontanen, und 2 (1) „Libertains", eine undefinierbare Partei, deren „Haupt" ein Sohn Karl Vogts, nämlich William Vogt, und deren „Parteiprogramm" die Bekämpfung der Freimaurerei ist. Die radikal-sozialistische Mehrheit, die der sozialistenfresserischen, großkapitalistischen „N. Zür. Ztg." bedenklich schwer im Magen liegt, beträgt also wiederum nur zwei Stimmen, wie in der verflossenen Legislaturperiode, aber sie vermag doch die Herrschaft der liberal-konservativen Plutokratie und Reaktion, die vor mehreren Jahren eine wahre Ausweisungssucht mit unheimlichstem Eifer entfaltete, hintanzuhalten und sie wird bei der unzweifelhaften Weiterentwicklung der Sozialdemokratie in wenigen Jahren eine weitere Stärkung erfahren. — („Vorw.")

Philippinen.

Der Guerillakrieg mit den Filipinos.

Wie dem „Berliner Tageblatt" aus New-York depeschiert wird, erfocht Kapitän Hartmann bei Batangas einen Sieg über eine große Schar philippinischer Insurgenten. Letztere sind wieder auf mehreren Inseln sehr thätig. Der von den Amerikanern gefangen genommene Aguinaldo, der frühere Chef der Filipinos, beauftragte einen amerikanischen Advokaten, seine Freilassung durchzusetzen.

Kleine politische Nachrichten. Die Märchenbrunnen, welche jetzt der kaiserlichen Anregung entsprechend geändert werden sollen, waren als sehr umfangreiche Werke gedacht. Darauf deuten schon die in Aussicht genommenen Kosten. Wie verlautet, war die ganze Ausschmückung des Einganges zum Friedrichshain auf 287 200 Mark veranschlagt. — Die Nummer 34 des „Simplicissimus", die sich in einem „Serenissimus" betitelten Bilde mit den Vorgängen im Fürstentum Reuß a. L. beschäftigt, ist beschlagnahmt worden — Die Strafkammer verurteilte den Redakteur des polnischen Blattes „Gazeta Ludowa", Stanislaus Palcynski, wegen Beleidigung der deutschen Streitkräfte in China durch einen Artikel mit der Ueberschrift „Europa civilisiert China" zu einem Monat Gefängnis. — Königin Wilhelmine von Holland ist, wie dem „Reuterschen Bureau" aus Apeldoorn bestätigt wird, thatsächlich vorzeitig entbunden worden. Die Königin sei sehr schwach, doch sei ihr Zustand nicht besorgniserregend. Offiziös sucht man die Sache zu vertuschen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Aufs Pflaster geworfen wurden die sämtlichen Arbeiter der Schiffswerft von Blohm u. Voß in Hamburg, welche die bekannte Klage auf Schadenersatz wegen der Aussperrung der Werftarbeiter gegen die Werftbesitzer, auch gegen Blohm u. Voß, angestrengt haben. Es handelt sich um sechs Arbeiter, die in den letzten Tagen entlassen worden sind. — Werden die Herren Werftbesitzer auch auf die bevorstehende Massenklage wieder mit einer Massenaussperrung antworten? Vielleicht bringt man in einer nächsten Zuchthausvorlage auch noch einen Paragraphen an, der den Arbeitern in Lohnstreitigkeiten das Recht der Civilklage abspricht! —

Kleine Chronik.

Ein geplündertes Herrschergrab.

Der Petersburger Berichterstatter des „Daily Chronicle" erfährt, daß im vorigen Monat das Grab Tamerlans in Samarkand geplündert worden sei. Die Räuber hätten nicht nur den wertvollen Gedenkstein, der unter der Kuppel der großen Moschee das Grab des Eroberers deckte, zerstört, sondern auch alle Wertsachen aus der Moschee weggenommen. Die Moschee soll gänzlich ungeschützt gewesen sein, trotzdem sie sehr wertvolle Inschriften enthielt. —

Schiffsunfälle.

Nach einem Telegramm aus Edinburgh soll der Zollkutter „Active" im Firth of Forth bei Granton gescheitert sein. — Ein „Lloyd"-Telegramm meldet aus Sunderland, daß das vollgetakelte französische Schiff „Quillota" aus Nantes bei Hendon auf den Strand geworfen sei; 17 Mann seien ertrunken. — Der Dampfer „Fiducia", Reederei J. Jost in Flensburg, ist bei Wasa gestrandet. Das Schiff ist stark beschädigt und allem Anscheine nach verloren. — Das Rettungsboot der Station Caister ist nach einem Telegramm aus Yarmouth gekentert. Elf Personen sind umgekommen.

Ueberfall auf einer russischen Bahn.

Auf der Wladikawkas-Eisenbahn wurde auf der Station Grosnaja der Kassierer Malzew, der nebst zwei Begleitern mit der Tageseinnahme im Betrage von 1500 Rubeln aus dem Güterkomplex kam, überfallen und an der Brust verwundet. Der eine seiner Begleiter wurde getötet, der andere am Kopf verwundet. Das Geld wurde gestohlen. Die Diebe entkamen. —

Kleine Tageschronik. Ein heftiger Sturm wütete Mittwoch und Donnerstag über Nord-Jütland und Nord-Seeland und verursachte große Verkehrsstörungen, besonders in Jütland, wo die meisten Eisenbahn-, Telegraphen- und Telephonverbindungen unterbrochen sind. Auch werden viele Schiffsunfälle infolge des Sturmes gemeldet. Von einem an der Nordküste Seelands gestrandeten schwedischen Schiffe wird die Besatzung vermißt. — Durch das Platzen eines Dampfbehälters in einer Fabrik zu Großröhrsdorf in Sachsen wurde am Dienstag abend ein Maschinenführer getötet und der Betriebsleiter so schwer verletzt, daß er nach wenigen Stunden starb. — Das städtische Elektricitätswerk zu Schleiden in der Eifel ist nach einer Meldung der „Köln. Volksztg." vom Mittwoch vollständig niedergebrannt. — Im Dorfe Tschongeleg, Bezirk Feodosia, auf dem Terrain Tscherkasow, wo die Krim-Naphtha-Industriegesellschaft Forschungen anstellt, brach in der Nacht vom 10. bis 11. November aus einem Bohrloch eine Naphtaquelle in einem Durchmesser von 16 Zoll hervor und sprudelte zehn Minuten lang, worauf sie infolge mangelhafter technischer Vorbereitungen und infolge Erdsturzes wieder versiegte. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 14. November 1901.

Leichtfertige Anschuldigungen.

Der Schneider Heinrich Krüper hier, geboren 1863, soll Ende März 1900 in verschiedenen Gastwirtschaften an den Biertischen erzählt haben, der Vertrauensmann der Streikbewegung, Schneider Heinrich Heck hier sei bestochen, denn er habe vom Kaufmann Basch [illegible] Cigarren, sowie bar 20 Mark zu d[illegible] bei den Geschenkgebern arbeitende[illegible] abzuhalten, beziehungsweise ihnen anderen Arbeit zu verschaffen. Dadurch soll Krüper beabsichtigt haben, den Heck als treulosen Menschen hinzustellen und ihn als Mitglied des Schneiderverbandes in seiner Ehre zu kränken. Heck hatte allerdings nach Beendigung des Streiks vom Kaufmann Schlesinger für geleistete Gefälligkeiten, die aber mit dem Streike in keinerlei Verbindung standen, eine Kiste Cigarren zugeschickt erhalten, diese jedoch sofort zurückgesandt. Das Schöffengericht erkannte am 9. Mai d. J. wegen öffentlicher Beleidigung auf 50 Mark Geldstrafe event. 10 Tage Gefängnis und Publikationsbefugnis des Beleidigten im „General-Anzeiger" und in der „Sachsenschau". In der Berufungsinstanz verglichen sich heute die Parteien dahin, daß Krüper sich verpflichtete, sämtliche Kosten zu tragen und in den Zeitungen „General-Anzeiger", „Sachsenschau" und „Volksstimme" zu veröffentlichen, er habe Heck nicht der Bestechung beschuldigen wollen. —

In der Berufungsinstanz verurteilt. Der Kutscher Gustav Laurich hier fuhr am 11. Juni d. J. morgens in der Sternstraße mit einem Lastfuhrwerk die Straßeneisenbahnschienen entlang. Das Schöffengericht erachtete aber nicht für festgestellt, daß er mutwillig gehandelt habe und sprach ihn am 21. August d. J. von der Anklage der Uebertretung der Polizeiverordnung vom 30. November 1899 frei. Die Berufungskammer hob dies Urteil auf und belegte den Angeklagten mit 3 Mark Geldstrafe. —

Zurückgezogene Berufung. Der Arbeiter Karl Federhoff hier, geboren 1853, beleidigte am 22. Mai d. J. in der Heydeckstraße angeblich eine Frau und deren Tochter durch ein Schimpfwort und wurde deswegen vom Schöffengericht zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Nach heute wiederholter Beweisaufnahme zog er seine Berufung zurück.

Vertagt. Der Landwirt und Ziegeleibesitzer Rudolf Riecke zu Barleben fuhr im Mai d. J. mit einem Kutschwagen auf einem seit dem Frühjahr 1900 durch Warnungstafeln verbotenen Privatwege, wurde vom Schöffengerichte zu Wolmirstedt aber am 16. September d. J. von der Anklage der Uebertretung des § 368 2 des Str.-G.-B. freigesprochen, weil seine Behauptung, er habe diesen Weg ungehindert schon bereits seit 20 Jahren befahren, halte sich dazu auch für berechtigt, da er Acker in der Nähe besitze, und er habe die Warnungstafel, die 3 bis 4 Schritt vom Wege entfernt stehe, erst bemerkt als er vom Förster angehalten worden sei, nicht für widerlegt erachtet wurde. Die Berufungskammer vertagte die Verhandlung zwecks Erhebung weiterer Beweise. —

Verworfene Berufung. Der Ingenieur Robert Kräbel hier war eine Zeit lang Inhaber des Nachtcafés „Zum Kleinen Dom" auf der Stephansbrücke und duldete in der Nacht zum 15. Juni d. J., daß in dem Lokale ein Musikwerk spielte und Gäste tanzten. Das Schöffengericht verurteilte ihn deshalb am 4. September wegen Duldens von Gästen über die Polizeistunde hinaus, die für Magde-